

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortliche  
Leitung: Riese  
Herausgeber: Riese  
Verlag: Riese

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großenhain, des Amtsgerichts und des Amtsgerichts beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,  
des Finanzamts Riesa und des Bauamtsamts Riesa behördlichseits bestimmte Blatt.

Verlagsnummer  
Dresden 1590.  
Verlag:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 28.

Freitag, 27. Januar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Baar. Für den Fall des Entstehens von Produktionsstörungen, Schädigungen der Abnahme und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachlieferung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Zeile für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Anzeigenbeiträge werden an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerinseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Verleger: Riese. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hillemann, Riesa. für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Sächsischer Landtag.

### Versorgung der Gemeindearbeiter. — Zeithain-Lager. — Kleinrentnerfürsorge. Die Aussperrung in der Schwerindustrie.

M. Dresden, 26. Januar 1928.

Zu Beginn der Sitzung wurden die in der letzten Sitzung ausgelegten Abstimmungen vorgenommen. Der volksparteiliche Antrag betr. den Reichsgerichtswahl über den Reichsgerichtswahl wird in der Ausschlußsitzung angenommen.

Der kommunistische Antrag auf Wiederbetriebssetzung der Zweigstelle Rauen der Vereinigten Zuckerspinnerei und Weberei A.-G. Damburg findet Ablehnung.

Zu dem sozialdemokratischen Antrag auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Arbeiterbildungsvereine liegen zwei Änderungsanträge vor. Ein Antrag Ahmann (Sp.) verlangt die Anerkennung für die im Sächsischen Sängerbunde und dem Deutschen Arbeiter-Sängerbunde zusammengeschlossenen Gesangsvereine, während ein Antrag Sieger (Dn.) wünscht, daß gefangliche Veranstaltungen von Gesangsvereinen, die ohne Ablicht auf Gewinnerzielung ausschließlich zum Zwecke der Bildung und Kunstpflege unternommen werden, für gemeinnützig erklärt werden sollen. Ein Antrag Dr. Dehne (Dem.) will auch andere Veranstaltungen als die der Gesangsvereine als gemeinnützig angesehen haben. Die Anträge Sieger und Dehne werden angenommen.

Weiter wird ein kommunistischer Antrag auf Erleichterung von Notstandsmaßnahmen zur Beschäftigung der Arbeitslosen abgelehnt und in der Forderung des Ausschusses angenommen.

Ein anderer kommunistischer Antrag, betr. die Wartelzeit für Arbeitslose solcher Betriebe, die Witterungsverhältnisse unrichtigen, nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz findet Annahme.

Endlich wird der kommunistische Antrag auf Forderung des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung und Besserung der Verhältnisse der Notstandsarbeiter in der Ausschlußsitzung angenommen, wonach bestehende Härten an dem Gesetze über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beseitigt werden sollen.

Das Haus tritt sodann in die Erledigung der neuen Tagesordnung ein. Ueber den kommunistischen Antrag betr. Abänderungsvorschläge zu den Richtlinien über

#### Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung

für die Arbeiter der Städte (Gemeinden) berichtet Abg. Henner (Komm.) und empfiehlt namens des Ausschusses, die Regierung zu ersuchen, die Richtlinien am 1. Januar 1928 aufzuheben, wenn bis dahin die Regierung nicht in der Lage ist, neue Richtlinien unter Anpassung an die reichsrechtliche Regelung herauszugeben.

Abg. Garisch (Soz.) bespricht sich darüber, daß die Regierung in dieser Frage nicht gewillt sei, den Wünschen der Gewerkschaften zu entsprechen. Die Annahme des Ausschusses würde keine Klarheit schaffen.

Abg. Köhler (Dsp.) wünscht Einstellung eines anderen Stichtages als den 1. Januar.

Der Ausschußantrag findet einstimmig Annahme, nachdem mehrere Minderheitsanträge abgelehnt worden sind.

Entsprechend einem Antrage der Wirtschaftspartei beschließt dann das Haus, die Regierung zu ersuchen, daß die Ergebnisse statischer Erhebungen, die die Regierung im Auftrage des Landtags vornimmt, grundsätzlich dem Landtage zuerst bekanntzugeben sind.

Ein vom Abg. Dohbert (Soz.) begründeter sozialdemokratischer Antrag fordert, daß die

#### Gutsbezirke Zeithain-Lager

und Dresden-Albertstadt aufgehoben und mit einer bewohnten Gemeinde vereinigt werden.

Abg. Schreiber-Rischow (Dn.) erklärt an, daß die gegenwärtigen Zustände in Zeithain-Lager unbillig seien, von Sachgenossen lasse sich aber nichts ändern, wenn das Reich nicht wolle. Einer Eingemeindung von Zeithain-Lager in die Gemeinde Zeithain würden seine Freunde nicht zustimmen.

Abg. Lieberich (Komm.) meint, es liege die Pflicht vor, Zeithain-Lager und Dresden-Albertstadt wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zuzuführen; das aber müsse verhindert werden.

Abg. Dr. Blüher (Dsp.) spricht sich ebenfalls für Aufhebung der Gutsbezirke aus. Es sei doch eigentlich ein Unikum, daß Dresden an der Schwandauer Allee aufhöre, während die Bewohner der Albertstadt sich als Dresdener fühlen und von der Stadt auch als solche behandelt würden.

Der Antrag geht hierauf an den Reichsausschuß. Mit einem sozialdemokratischen Antrage wird die Regierung ersucht, den § 77 der Ausschlußverordnung des Reichsausschusses in allen Bezirksämtern und Bezirksämtern zur Durchführung zu bringen. Dieser Paragraph wünscht den Abschluß von Verträgen zwischen den Wohlfahrtsämtern und den ärztlichen Bezirksorganisationen. Der Antrag wird in sofortiger Schlußberatung angenommen.

Zwei weitere Anträge befassen sich mit der

#### Not der Kleinrentner.

Der sozialdemokratische Antrag verlangt Aufhebung des Beschlusses des Reichsausschusses vom 10. August 1926, durch

den der Antrag des Sparerbundes auf Zulassung des Volksbegehrens für eine Änderung der Aufwertungs-gesetze als verfassungswidrig abgewiesen wurde, sowie die Verfassung der Kleinrentner und eine Erhöhung der Bezüge der Kriegsschädigten und Sozialrentner, während der Antrag der Deutschen Volkspartei eine befriedigende Versorgung der Kleinrentner durch ein Rentner-versorgungsgesetz wünscht.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) stimmt den Anträgen prinzipiell zu; ebenso Abg. Henner (Komm.). Abg. Rad (Volksp.-P.) sagt den Sozialdemokraten, sie glauben selbst nicht, daß der von ihnen gestellte Antrag im Reichstage Annahme finden könnte. Trotzdem würden seine Freunde dem Antrage auf Zulassung des Volksbegehrens für eine Änderung der Aufwertungs-gesetze zustimmen, nicht aber dem Teile des Antrages, der eine Erhöhung der Bezüge umfordere, denn durch diese Forderung werde der erste Teil des Antrages illusorisch gemacht. Man mühte sich dem Rentner-versorgungsgesetz ein Rentnerentschädigungsgesetz machen.

Abg. Weiskopf (Dn.) stellt dem sozialdemokratischen Antrage die einer Aufwertung abholde Haltung des früheren sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Hildebrand entgegen. Seine Partei werde heute, wie schon früher, seine Bindungen für die Zukunft übernehmen, denn sie verspreche nicht mehr, als sie unbedingt halten könne. Seine Partei sei bereit, sich an der Arbeit des Ausschusses über die vorliegenden Anträge zu beteiligen.

Abg. Ahmann (Sp.) erklärt sich gegen ein Volksbegehren, da es zu viel Geld kosten würde, mit dem man manche Not der Kleinrentner lindern könne.

Der volksparteiliche Antrag wird in Schlußberatung angenommen, der sozialdemokratische Antrag geht an den Reichsausschuß.

Ebenfalls an den Reichsausschuß verwiesen wird ein sozialdemokratischer Antrag wegen Heraushebung der Grenze des ständigen Einkommens.

Ein sozialdemokratischer Antrag betr. die Abänderung der Anzeigengesetzgebung bei der Justizverwaltung wird ohne Aussprache an den Reichsausschuß A verwiesen.

Abg. Müller-Wittweide (Soz.) richtet namens seiner Partei eine Anfrage an die Regierung, was sie zu tun gedenke, um der Verordnung vom 25. Mai 1900 über die Schweigepflicht der Gewerbeaufsichtsbekanntmachung Geltung zu verschaffen. Ein Gewerberat antwortet auf den besonderen Fall von Fiedler, Leipzig, das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium habe keine Verantwortung finden können, das Verhalten des Gewerberats Fiedler zu rügen. Der Landgerichtsdirektor von W. habe nicht gegen die Verordnung von 1900 verstoßen, denn es habe sich bei dem Beschwerdeführer um den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten gehandelt, durch dessen Remnung einzelnen Angehörten keinerlei Nachteile erwachsen konnten.

Abg. Boigt (Dsp.) mißbilligt das Verhalten des Landgerichtsdirektors von W. Der Richter habe nicht nach dem Namen des Angelegten zu fragen. Ein solches Verhalten sei nur geeignet, das Vertrauen zu den Gerichten zu erschüttern.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert Berücksichtigung der neuen Besoldungsordnung der Beamten bei den Tarifverhandlungen für die Arbeiter und Angestellten des Staates um, und ein kommunistischer Antrag wünscht Angleichung der Gehälter und Löhne der städtischen Staatsangestellten, Staatsarbeiter usw. an die Besoldungs-löhne der Beamten.

Ein Regierungsvertreter gibt hierauf eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Regierung kann keine Bindung in der Richtung eingehen, daß jetzt Lohn erhöhungen mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1927 oder sofortige Lohnzulagen bewilligt werden oder daß etwaige Lohn erhöhungen in derselben prozentualen Höhe festgesetzt werden, wie die durchschnittliche Gehaltssteigerung der Beamten der unteren Besoldungsgruppen. Die einmalige Beihilfe zu Weihnachten haben auch die städtischen Arbeiter und Angestellten der staatlichen Betriebe erhalten. Mit den Elektrizitätswerksangehörigen ist eine Neuregelung der Gehälter mit Wirkung vom 1. Januar 1928 in freier Vereinbarung zustande gekommen. Die Vereinbarung über die Löhne der Elektrizitätsarbeiter läuft am 31. März d. J. ab. Für die städtischen Kraftwerke ist getrennt in Leipzig eine freie Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband der sächsisch-sächsischen Kraftindustrie und dem Fabrikarbeiterverband über einen neuen Lohnvertrag abgeschlossen worden. Der Reichslohnvertrag für die Deutsche Pflaster- und Schotterindustrie gilt für die Hartsteinwerke bis 31. Januar 1928. Das bisherige Lohnabkommen läuft auf unbestimmte Zeit und ist jederzeit kündbar. Für die Angestellten der Pflaster- und Hartsteinwerke bestehen Privatlohnverträge. Die Gehaltsstufen sind angeschlossen der Angestellten des Steinlohnbergbau-Beschäftigten, für die zur Zeit über die Bezüge Verhandlungen schweben. Die Tarifverträge (Gehalts- und Lohnabkommen) für die Arbeiter und Angestellten der Porzellanmanufaktur Meissen gelten bis auf weiteres monatlich mit 14-tägiger Kündigungsfrist. Kündigung ist bisher nicht erfolgt. Für die Güttenarbeiter gilt der seit 1. März 1928 mit monatlicher Kündigung, für die Braunkohlenarbeiter läuft das Lohnabkommen auch bis

zu demselben Zeitpunkt ebenfalls mit monatlicher Kündigung. Die Angestellten der Güttenwerke haben ein Lohnabkommen bis 31. Juli 1928 und die der Braunkohlenwerke bis 31. Januar 1928. Für die Braunkohlenarbeiter gilt das Lohnabkommen bis 31. März 1928. Die Verhandlungen über neue Lohnabkommen müssen für diese Betriebe abgemacht werden.

Nach kurzer Aussprache gehen die Anträge an den Reichsausschuß B.

Den letzten Beratungsgegenstand bildet ein kommunistischer Antrag, der sich mit den

#### Aussperrungen in der Schwerindustrie

befaßt. Er wird vom Abg. Bleier (Komm.) begründet, bei welcher die Regierung zu beantragen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und bei der Reichsregierung das hin zu wirken, daß das Dreifachsystem und der Abschlußvertrag unter Berücksichtigung des von der Arbeiter-schaft geforderten Lohnausgleichs durchgeführt wird und bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der Streikverbot-gehalte zu beantragen.

Nach kurzer Zustimmung des Abg. Ebert (Soz.) zu dem Antrage wird dieser gleichfalls an den Reichsausschuß B verwiesen.

#### Die Beratungen des Reichsausschusses.

Berlin. (Funknachr.) Nach längerer Aussprache über die Frage der Hochschulen im Reichsausschuß lehnte der Bildungsausschuß des Reichstages heute Freitag die Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten ab.

Einstimmig angenommen wurde sodann der Antrag der Deutschen Volkspartei, der die Frage in § 185 folgendermaßen regeln soll:

1. Die Mittelschulen oder Mittelschulen, Höher- und Berufsschulen, Berufsschulen und über das Ziel der allgemeinen Volksschule hinausführende Oberklassen als Berufsschulen oder als Berufsschulen oder als Berufsschulen einzurichten oder beizubehalten sind, bestimmt das Landesrecht unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

2. Das gleiche gilt für Schulen und Anstalten, die dem Unterricht und der Erziehung von Kindern mit körperlichen oder geistigen Gebrechen dienen.

Abgelehnt wurde dagegen ein Zusatzantrag des Sen-trums und der Deutschen Nationalen, daß hierbei der Wille der Erziehungsberechtigten nach Möglichkeit zu berücksichtigen sein solle.

#### Die Frage der Simultanschulen.

Berlin. (Funknachr.) Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde heute zum § 18, der die Frage der Simultanschulen behandelt, der Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, wonach es in den Simultanschulländern bei den bestehenden Zuständen verbleiben soll. Die Annahme erfolgte mit 16 gegen 13 Stimmen der Deutschen Nationalen, des Sen-trums, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei.

Alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Die Regierung hatte vor der Abstimmung erklären lassen, daß der Antrag Punkt eine Verfassungsänderung darstelle und eine Zweidrittelmehrheit im Plenum erforderlich wäre.

Dieser Beschluß wird in Sen-trumskreisen als untragbar für den Weiterbestand der Regierungskoalition angesehen. Von dieser Seite wird dem Nachrichtenbüro des N.D.Z. versichert, daß das Sen-trum seine Minister aus der Regierung zurückziehen werde, wenn die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei zwischen erster und zweiter Lesung nicht zu einer Aufhebung des heute gefassten Beschlusses führen.

#### Der Volkswirtschaftliche Ausschuß

des Reichstages lehnte die allgemeine Aussprache zum Schenkungsgesetz ab. Dabei erklärte der Abg. Wieber (D.), seine Partei sei bereit, über die von ihr vorgelegten Anträge eine Verständigung herbeizuführen.

Abg. Wiese (Dsp.) lehnte die Anträge zur „Bedürfnisfrage“ ab, weil die Zugrundelegung einer bestimmten starren Verhältniszahl in der Praxis unüberwindlich sei. Er wies darauf hin, daß die Verhältnisse allein in Preußen von 1920 bis 1925 um 5200 zurückgegangen seien. Regierungsrat Reckens stellte sich namens der preussischen Regierung auf den Standpunkt, daß die Ausführungsbestimmungen den Ländern überlassen bleiben müssen.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte ein Vertreter des preussischen Wohlfahrtsministeriums, daß die Trennung in Folge übermäßigen Arbeitsdrucks immer mehr angefüllt würden; er kündigte hierzu weiteres statistisches Material an.

Am Dienstag wird die Aussprache fortgesetzt.



# Deutliches und Sächsisches.

Miela, den 27. Januar 1928.

Wettervorhersage für den 28. Januar. Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Beschleunigt bewölkt. Keine oder nur leicht schwache Niederschläge. Temperaturen wenig geändert; nachts leichte Strahlungsfröste. Von Süd auf West drehende und später abkühlende Winde.

Daten für den 28. Januar 1928. Sonnenaufgang 7,45 Uhr. Sonnenuntergang 16,40 Uhr. Mondaufgang 10,35 Uhr. Monduntergang 23,48 Uhr.

- 814: Karl der Große gestorben (geb. 742).
- 1521: Eröffnung des Reichstages zu Worms.
- 1598: Der englische Seefahrer Francis Drake vor Portofino in Panama gef. (geb. um 1540).
- 1841: Der Afrikafahrer Henry Morton Stanley bei Dembi in Wales gef. (geb. 1804).
- 1868: Der Novellist Adalbert Stifter in Viny a. d. Donau gef. (geb. 1805).
- 1871: Kapitulation von Paris.

Zur Aussperrung der Belegschaften der sächsischen Nüttenwerke, die bekanntlich vor einer Woche erfolgt ist, erfahren wir, daß gestern auf Einladung des Arbeitsministeriums in Dresden Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der an dem Arbeitskampfe beteiligten Betriebe stattgefunden haben. Die Verhandlungen wurden auf Anfang nächster Woche vertagt. — Hoffentlich gelingt es, eine befriedigende Lösung zu finden, damit der schwere Kampf recht bald sein Ende erreicht.

95 Jahre alt. In körperlicher und geistiger Frische kann die älteste Einwohnerin von Groß-Miela, Frau Rosine verw. Starke, Stadteil Miela, Am Unger 7, morgen Sonnabend ihren 95. Geburtstag begehen. — Wir gratulieren der lieben Greisin von ganzem Herzen; möchte ihr Lebensabend ein ereignisreicher sein.

Sinfonie-Konzert. Dienstag, den 31. d. M. findet das im Rahmen der Kunstabende angeordnete große Sinfonie-Konzert statt. Drei wunderbare Werke der Romantiker erklingen im großen Orchester (Kaufmann-Orchester, Dresden, und Orpheus-Orchester, Miela, auf 42 Herren: Die „Oberon-Ouverture“ von Weber, das Konzert E-Moll für Violine und Orchester von Mendelssohn und die „Unvollendete“ (Sinfonie H-Moll) von Schubert. Die Solo-Violine spielt die Dresdner Virtuosa Lena v. Reig. — Außerdem: Orchesterbesetzung: 2 Flöten, 2 Oboen, 2 Klarinetten, 2 Fagotte, 4 Hörner, 2 Trompeten, 3 Posaunen, Pauken, 8 Violinen I, 6 Violinen II, 4 Viola, 3 Violoncelli, 3 Contrabässe. Leitung: Jwan Schönbaum. Näheres im Anzeigenteile.

Bezirksstaatsanwaltschaft der Volksrechtspartei. Wie die Zeitung „Volksrecht“, vormals „Der Teutische Spörer“, meldet, veranlaßt die Volksrechtspartei Sonntag, am 29. Januar, 10<sup>1/2</sup> Uhr in Döbeln für den amthauptmannschaftlichen Bezirk eine Bezirksstaatsanwaltschaft 3 Uhr soll im Schützenhaus in Döbeln eine große öffentliche Kundgebung stattfinden. Redner sind Senatspräsident am Reichsgericht Dr. Lohr, der jetzige Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, über „Arante Gesetze“ und Reichstaatsabgeordneter Seiffert-Berlin über „Das Rentnerverordnungs-Gesetz“.

Einreichung der Steuerabzugsbelege für 1927. Das Landesfinanzamt Dresden macht darauf aufmerksam, daß die Steuerabzugsbelege für 1927 bis spätestens zum 29. Februar 1928 eingereicht werden müssen. Diese Einlieferungsfrist kann grundsätzlich nicht verlängert werden. Sie ist daher unbedingt einzuhalten. In demnach an die Finanzämter einzureichenden Belege sind verschiedene, je nachdem die Lohnsteuer im Jahre 1927 im Ueberweisungswesen an die Finanzkasse abgeführt worden ist oder aber Steuermarken gelehrt worden sind. Bei Darabführung oder Ueberweisung der Steuerabzugsbeiträge an die Finanzkasse ist der Arbeitgeber — wie bereits mehrfach bekanntgegeben worden ist — verpflichtet, für die außerhalb der Beschäftigungsgemeinde wohnhaften Arbeitnehmer Ueberweisungswesen aufzustellen und einzureichen. Nähere Auskünfte darüber erteilen die Finanzämter, von denen die notwendigen Formulare kostenlos abzugeben werden. Soweit jedoch im Jahre 1927 Steuermarken verwendet worden sind, hat der Arbeitnehmer (nicht der Arbeitgeber) — und zwar ohne Rücksicht darauf, ob er innerhalb oder außerhalb der Beschäftigungsgemeinde wohnt — bis zum 29. Februar 1928 eine Steuerkarte und die Einklagensbogen, die im Kalenderjahr 1927 zum Einkommen und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, dem Finanzamt zu überreichen oder zu übergeben, in dessen Bezirk er zur Zeit der Ablieferung seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes seinen gewöhnlichen Aufenthalts hat. Alles Nähere ist aus einem Wertblatt ersichtlich, das bei den Finanzämtern kostenlos entnommen werden kann. Es wird aber noch besonders darauf hingewiesen, daß alle Arbeitgeber ohne Unterschied verpflichtet sind, eine öffentliche Aufforderung, die demnach in den Tagesstellungen ersuchen wird, in den Arbeits- und Geschäftsräumen durch Anschlag öffentlich bekanntzumachen und daß die Verfassungen der Einklagensbogen mit Strafen bedroht ist und Zwangsmahnmachen zur Folge haben kann.

Zuschluss zur Miete gewerblicher Räume. Der Wohnungsausschuss des Reichstages hat beschlossen, daß in denjenigen Fällen, in denen Räume an den Unternehmer eines gewerblichen Betriebes vermietet worden sind, das Mietverhältnis auf Antrag des Vermieters einen besonderen Zusatz zu der gesetzlichen Miete schließen muß, besonders, wenn infolge der Eigentümlichkeit des gewerblichen Betriebes hohe Betriebs- und Instandhaltungskosten entstehen.

Achtung! Falsche 20-Mark-Reichsbanknoten im Umlauf. Seit längerer Zeit werden von einem in Deutschland umherreisenden falschmünzer falsche 20-Mark-Reichsbanknoten in Verkehr gebracht (Ausgabe vom 11. 10. 1924). Die Fälschung ist an der mangelhaften, unvollständigen und harten Wiedergabe des Frauenskopfbildnisses auf der Vorderseite der Note leicht erkennlich. Da jetzt auch in Leipzig ein derartiger Schein aufgetaucht ist, wird vor ihrer Annahme gewarnt. In früheren Fällen kam als Verursacher der Fälschungen ein 20-jähriger Mann, 1,70—1,75 Meter groß, schlank, in Frage; schwarzes, borstiges Gesicht, dunkles, ziemlich langes, zurückgestrichenes Haar und sprach norddeutsche Mundart. Für die Ermittlung des Fälschers hat das Reichsbankdirektorium eine Belohnung bis zu 2000 Mark ausgesetzt.

Schiedspruch für die Reichs- und Staatsangehörigen. In dem Lohnstreit der Reichs- und preussischen Staatsangehörigen wurde gestern abend vom Schlichter ein Schiedspruch gefällt, der Gehaltsüberbühungen von 25 bis 10 Prozent vorsieht. Für Mehrarbeit soll keine besondere Vergütung gewährt werden, sondern diese soll durch Freizeit ausgeglichen werden. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs durch die Parteien läuft bis zum 8. Februar. Ueber die Verteilung der einzelnen prozentualen Erhöhungssätze sollen auf Verlangen des Schlichters direkt Verhandlungen zwischen den Parteien stattfinden.

20. Sächs. Bundesregeln in Pirna vom 20. Juni bis 8. Juli 1928. Der Sächsische Regierbund ruft die Sächsische Rentierkammer zu seinem 20. Bundesregeln am 20. Juni bis 8. Juli 1928 nach Pirna an der Elbe, dem Eingangstor zur Sächsischen Schweiz. Die Bestimmung, vor allem aber der Verband Pirnaer Regierklub, der mit der Durchführung des Festes betraut ist, rüht jetzt schon eifrig um den Reiz der Veranstaltung, die aus dem reichen Sächsischen herbeizutreiben werden, einen angenehmen Aufenthalt und sportliche Betätigung zu gewährleisten. Etwas Neues soll auch diesmal in Pirna geboten werden: Eine Sportausstellung, die in einem besonderen Teil der großen Sporthalle, die auf dem in der Mitte der Stadt gelegenen Sportplatz errichtet wird, untergebracht werden wird. Das Programm zum 20. Sächsischen Bundesregeln fest u. a. Rundfahrten in die Sächsischen Schweiz und eine große Ufer- und Höhenbeleuchtung, sowie eine Marktillumination vor.

Tschechisch-deutsche Binnenschiffverhandlungen. Dem Teutonium-Sachsendienst wird aus Hamburg gemeldet: Zwecks Beschäftigung des vom hamburgischen Senat der tschechoslowakischen Regierung als Vorkriegsstände zu überlassenden Ostengebiete ist hier eine tschechoslowakische Delegation eingetroffen, die die hiesigen tschechischen Fragen prüfen wird. Die Verhandlungen haben dahin geführt, daß Hamburg der Tschechoslowakei nur ein Pachtgebiet für Binnenschiffahrt im hamburgischen Osten einräumt. An dem Binnenschiffahrtsverkehr nach der Tschechoslowakei sind deutsche und tschechoslowakische Binnenschiffahrtslinien beteiligt.

Die sächsische Regierung und das Reichsschulgesetz. Im Bildungsausschuss des Reichstages hat bei der Debatte über das Reichsschulgesetz der sächsische Ministerialdirektor Voelckh Angaben über die Befassung gemacht, die der sächsische Regierung durch die Durchführung des Reichsschulgesetzes entstehen würden. Wie der Teutonium-Sachsendienst aus Kreisen der Reichspartei der Reichspartei des deutschen Mittellandes erfährt, hat der sächsische Finanzminister Weber, der bekanntlich dieser Partei angehört, in einem Schreiben an die Reichsleitung der Partei erklärt, daß die nachteiligste Errechnung der Mehrkosten vom Volkswirtschaftsminister erfolgt ist und von ihm in seiner Eigenschaft als Finanzminister nicht nachgeprüft werden konnte. Er hat in dem Schreiben jedoch erklärt, daß der vom Volkswirtschaftsminister errechnete Mehrbetrag vom sächsischen Staate und der sächsischen Wirtschaft nicht getragen werden könne und verlangt, daß das Reich die Mehrkosten übernehmen oder den Ländern den Ausgleich beim Finanzausgleich gewähren müsse. Wie weiter bekannt wird, ist die sächsische Landtagsfraktion der Reichspartei des deutschen Mittellandes der Ansicht, daß so erhebliche Mehrkosten bei weitem nicht entstehen können und sie ist weiter der Meinung, daß die Kosten, die sich auf mehrere Jahre verteilen, im Interesse der Wiedereinführung der Befestigungskosten getragen werden müssen. Jedoch legt die Fraktion den größten Wert auf die Durchführung des Reichsschulgesetzes. Der Abgeordnete Vogel hat dem Minister Weber in einem Schreiben geantwortet, daß die endgültige Stellungnahme der Partei zwischen der ersten und zweiten Lesung erfolgen werde, wenn sich die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes klar übersehen ließen. Es sei selbstverständlich, daß die Erfüllung der kulturpolitischen Vorhaben nicht mit großen Neubelastungen für den Mittelstand verbunden sein dürfen. Zwischen der 1. und 2. Lesung wird noch eine persönliche Aussprache zwischen der Reichstagsfraktion der RDM. und der sächsischen Landtagsfraktion erfolgen.

Eigener als Betrügerin. Aus Dresden wird gemeldet: Gewarnt wird vor einer unbekanntem Sicamerin, die gestern ein Hausmädchen am 80 Mark geschädigt hat. Die Schwägerin bot dem Mädchen zunächst Kleingeld zum Kauf an und überredete es dann, sich waschlagen zu lassen. Hierbei erklärte sie dem Mädchen, es habe Geld im Hause, das in drei Tagen verloren sei. Um den Verlust zu verhindern, solle es ihr das Geld aushändigen, damit sie es besprechen könne. In einer halben Stunde sei alles erledigt. Das Mädchen hat in ihrer Verwirrung übergeben, die damit schnellst möglich verschwand. Die Betrügerin wird beschrieen: 20—25 Jahre alt, 1,60 bis 1,65 groß, schlank, Gesicht dunkel, Haare und Augenbrauen, bräunliche Gesichtsfarbe. Sie war bekleidet mit dunklem Hut, brauner Bluse, schwarzem Rock, schwarzen Strümpfen, schwarzen hohen Schnürschuhen und trug einen braunledernen Handkoffer bei sich.

Ausschließung schwerer Einbruchsdiebstähle. Selbstmord eines Falladenknechters. In der Nacht zum 20. Juli vorigen Jahres drang ein zunächst lange Zeit unbekannter Spion in das katholische Pfarrhaus und in die Sakristei der kath. Kirche St. Joseph in Chemnitz und verübte dort überaus dreie Diebstahl. Der Zutritt zu den Räumen des Pfarrhauses war mittels Nachschlüssel erfolgt. In der im 1. Stockwerk gelegenen Wohnung des Pfarrers lagen dessen Schlüssel. Damit wurde vorerst der Schrein geöffnet und daraus ist eine goldene Perle und Diamant, sowie ein größerer Geldbetrag gestohlen. An dem Schlüsselring befanden sich auch die Schlüssel zur Sakristei und Kirche, die damit ebenfalls geöffnet und wo die dort befindlichen Behälter vergeblich nach Geld durchsucht wurden. Während dieser Diebstahl schloß der Pfarrer und dessen Haushälterin je in ihren Zimmern. Obgleich der im Schlafzimmer des Pfarrers befindliche Hund bellte, ließ sich der nächtliche Eindringling nicht in seiner Unruhe und verwirrtlichen Arbeit stören. Im Gegenteil behag er noch die Freiheit, in das Schlafzimmer der Haushälterin zu gehen, wo er deren Kleiderkasten herausgeholt und diese auch nach Geld durchsuchte. Vor mehreren Wochen war in München ein reisender Dieblicher und Falladenknechters festgenommen worden, der sich aber alsbald erschossen hatte. Es war dies der am 11. November 1890 zu Erlangen geborene Reiner Lorenz Reimhart, dem eine große Anzahl in den verschiedensten Gegenden Deutschlands verübter Einbruchsdiebstähle nachgewiesen werden konnten. Auch die vorgenannte Diebstahl im Pfarrhaus St. Joseph in Chemnitz ist von ihm begangen worden. Auch die Einbrüche in das Pfarrhaus und die Kirche St. Joseph in Chemnitz sind von ihm begangen worden, wobei der Pfarrer Siegmund u. a. die verdienstlichsten Ausweise gestohlen wurden, sowie ein Filzeinbruch in der Nacht zum 7. August vorigen Jahres, ebenfalls in Weichen verübt, kommen auf dessen Konto.

Ehe- und Sexualberatung. Dem Landtag ist neben einer Denkschrift des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums über Ehe- und Sexualberatung vorgegangen. Die Denkschrift geht von der gewöhnlichen Annahme der Frauenarbeit, besonders in Sachsen, und der daraus sich ergebenden veränderten Stellung des weiblichen Geschlechts in der Wirtschaft, Staatsausgaben und -Einkünften sich geringere geworden, was eine gewisse Umstellung im Geschlechtsleben zur Folge gehabt hat. Unkenntnis und Unverantwortlichkeit, soziale und wirtschaftliche Not erschweren Leben und Gesundheit von Frauen, Müttern und Kindern. Die Denkschrift weist auf die Notwendigkeit hin, daß in allen Fragen des Geschlechtslebens volle Klarheit herrschen müsse, denn halbe Wahrheiten und Geheimnisträmerie richteten unendlichen Schaden an. Im weiteren wird die Entwicklung und Behandlung dieser Fragen geschildert, wobei im allgemeinen zwei Richtungen festzustellen sind, die einer erweiterten Ehe- und Sexualberatung u. a. mit dem Endziel einer sachlich begründeten Geburtenregelung, die andere, die rein biologisch-ärztlich eingestellt ist. Die Denkschrift stellt für Sachsen den Grundgedanken auf,

das Ehe- und Sexualberatungsproblem im engeren Sinne von dem Bezirksfürsorgeverbänden in engstem Anblich an das Wohlfahrts- und Jugendamt und unter Mitwirkung der freien Wohlfahrtsvereine, sowie der Sozialversicherung einzuwickeln und zu verwalten sind. Da auf die Ehrlichkeit und Gutmütigkeit der Ansehenden alles ankommt, müsse jeder Zwang solange vermieden werden, wie einer Aufklärung und Bildung im Sinne der Herbeiführung des Gemeinwohls auf dem für das Fort- und Gedeihen unseres Volkes so grundlegendem wichtigen Gebiete nicht wesentlich weiter fortgeschritten sei.

Der D. V. Ende 1927. Täglich 100 neue Mitglieder. Von der Bundesratsfraktion geht uns folgender Bericht zu: Ein Bild über die glückliche Entwicklung des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes gibt die neue Nummer der „Deutschen Handelswoche“, das Organ des Verbandes, an Hand einiger Zahlenangaben aus dem Jahre 1927. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresende 316 012 Mitglieder, der Zuwachs im vergangenen Jahre 25 128, seit 1920 insgesamt 44 700. Am 31. Mai 1927 betrug der reine Zuwachs an jedem Arbeitstag fast 100 Mitglieder. Der Beitragsaufwachs betrug 5492 gegenüber 1926. Im Jahre 1927 sind 128 neue Ortsgruppen gegründet worden, so daß am Jahresanfang 1788 Ortsgruppen vorhanden waren. Die Einnahmen an reinen Verbandsbeiträgen erreichten erstmalig die Summe von 10 Millionen RM. Der Krankenstand des Verbandes betrug über 200 000 Mitglieder an. Die Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes den Gesamtbestand um 90 Mill. RM. Versicherungssumme. Der Krankenstand der Sparkasse liegt auf 18 Millionen RM. Die Rücklagen für Rente und Altersvorsorge betragen auf über 8,5 Millionen RM. gebracht werden. An 7700 Stellenlose wurden rund 600 000 RM. an Unterhaltungen gezahlt. Die Stellenvermittlung hat 10 450 (4425 mehr als 1926) Kaufmannsgehilfen Stellen vermittelt. Grämtwa wurden an 65 Jahre alte Mitglieder, die 25 Jahre dem Verbands angehört, Altersrenten von 600 bis 900 RM. jährlich gezahlt.

Paketauslieferung für den Kreuzer „Berlin“. Da der Dampfer „Freuden“ wegen unvorhergesehener Reparaturarbeiten nicht anläuft, muß die Paketauslieferung für die Besatzung des Kreuzers „Berlin“ durch das Motorschiff „Rheinland“ der Hamburg-Amerika-Linie erfolgen. Die „Rheinland“ läuft am 11. Februar von Hamburg aus und trifft am 4. April in Kobe ein. Die Pakete müssen bis spätestens 9. Februar bei Matthias Rohde u. Co., Hamburg-Freilasse, Sankt-Peter-Platz 33, mit der Post befrachtet, eintreffen. Nähere Auskunft erteilt Matthias Rohde, Hamburg 8, Große Reichenstraße 10—28.

Eine amtliche Klarstellung. Unter der Ueberschrift: Die zu spät veröffentlichte Rede des Ministerpräsidenten Heide ist die Sächsische Staatszeitung: Die Dresdner Nachrichten bemängeln in ihrer Nummer vom 26. dieses Monats, daß die Sächsische Staatszeitung erst am 24. dieses Monats den Wortlaut der vom Ministerpräsidenten Heide auf der Berliner Länderkonferenz gehaltenen Rede abgedruckt habe und nennen das einen ungewöhnlichen journalistischen Schmalkelensford. Die D. N. A. übersehen dabei, daß es sich um den Abdruck noch dem amtlichen Stenogramm handelt, dessen endgültige Feststellung, wie auch den D. N. A. bekannt sein sollte, stets einige Tage in Anspruch nimmt. Im übrigen sei nochmals betont, daß Ministerpräsident Heide auf der Länderkonferenz kein vor der festgelegten Rede erhaltene, sondern als Diskussionsredner völlig frei gesprochen hat und deshalb in seinen Ausführungen von den Darlegungen des Referenten abhängig war. Unrichtig ist die Behauptung, dem Vertreter Sachsens seien die Vorschläge des Hamburger Bürgermeisters Peterfen nicht ganz sympathisch gewesen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Ministerpräsident hat Dr. Peterfen durchaus recht gegeben, der es für unerträglich erklärte, das Reichsregiment, Reichstag, preussische Regierung und Landtag neben und durcheinander regieren. Der Ministerpräsident hat die Darlegungen Dr. Peterfens über den sich immer breiter machenden Ueberparlamentarismus noch stark unterstrichen. Nur die vorgeschlagene Verweisung der Verwaltungsreform an eine frei gebildete Kommission hat der Ministerpräsident als nicht ganz sympathisch bezeichnet, weil eine solche Kommission den Ländern gar nicht verantwortlich wäre. Weitere Vorschläge hat Dr. Peterfen überhaupt nicht gemacht.

Vorleser Tag der Eränen Woche. Die Reihe der sachwissenschaftlichen Vorträge für die Teilnehmer der achten sächsischen Landwirtschaftswoche nahmen gestern ihren Fortgang. Es sprachen zunächst Dozent Universitätsprofessor Dr. Müller-Vandenberg aus Leipzig über die höchste Mittelstellung und Universitätsprofessor Dr. Jabe-Weipig über die Sicherung der Erträge ohne Mehransammlungen. Ein außerordentlich lehrreiches Referat erhaltete ferner Prof. Gebelmeier Dr. Vofke-Weipig über die Fortschritte der Grünlandwirtschaft in Sachsen in ihrer Auswirkung auf Viehwirtschaft, Bodenbenutzung und Wirtschaftsgesamtheit. Am Nachmittag traten der Landesbauernverein für Sachsen und die Arbeitsgemeinschaft für Grünlandwirtschaft im Verein ein. Die Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Berufslehre Ostdeutschlands fand in den drei Tagen statt. Der sächsische Jungbauernbund hielt seine Hauptversammlung im Gewerbehause ab, wo auch der Landesverein Sächsische Bauernhochschule tagte. Am Hauptbahnhof fand die Jahreshauptversammlung der Sächsischen Pflanzenzüchtungsgesellschaft statt. Der Tag schloß mit einer feierlichen Veranstaltung in der Produktentbörse als Höhepunkt unter Mitwirkung hervorragender Künstler. Der heutige Schlußtag der Eränen Woche bringt als Abschluß und Höhepunkt die Hauptversammlung des Sächsischen Landbundes im Circus Terrazani.

Warnung vor einem Geldwechselfeträ. In München ließ sich am 22. Januar ein unbekannter Mann von einem Hotelangehörigen eine alte belgische 1000-Francnote wechseln und sich dafür 66 RM. geben, obwohl sie nur 13 RM. wert ist. Vermutlich ist der Unbekannte der gleiche Täter, der am 15. dieses Monats in Lichtenfels belgische 10- und 100-Francnoten gleicher Währung als französische auszugeben und damit Personen um 20 und 50 RM. geschädigt hat. Er war 20—25 Jahre alt, mittelgroß, schlank, hatte blaues, bartloses Gesicht, trug braunen Ueberzieher mit Nackenspanne und Knopf, dunklen Hut und Anzug und sprach rheinische Mundart. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß er auch anderwärts verurteilt wird, eine Geldnote zu geben, wird vor ihm gewarnt. Beim Auftreten lasse man ihn festnehmen.

Tagung des Evangelisch-Sozialen Kongresses in Dresden 1928. Vom 20. bis 31. Mai 1928 — in der Pfingstwoche — findet in Dresden die 23. Tagung des Evangelisch-Sozialen Kongresses statt. Die Verhandlungen werden eingeleitet durch einen Eröffnungsgottesdienst und einen öffentlichen Volksabend. Die Verhandlungsbegleitende werden sein: „Der soziale Pfarrer“ (Referent: Pfarrer D. Dora, Generalsekretär des Evangelisch-Sozialen Kongresses) und „Die Frau in der Ernährungsarbeit“ (Referent: Frau Regierungsrätin Dr. Gabel von Reichsarbeitsministerium in Berlin und Frau Clara Melneck). Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Leitung der Tagung liegt in den Händen des Vorsitzenden, Reichsgerichtspräsident D. Dr. Simons.

Der Ballon „Veipalger Wesse“ in Ruhland freigegeben. Der Veipalger Verein für Luftfahrt teilt mit: Der im Oktober vergangenen Jahres in der Nähe von Ruhland niedergegangene Freiballon „Veipalger Wesse“, der nach der Landung von den Sowjetbehörden beschlagnahmt worden war, ist jetzt wieder freigesgeben worden und wird in den nächsten Tagen schon wieder in Leipzig eintreffen.



Die gefährliche Auspuffleistung. Das ... meldet aus Karlsruhe: Ein eigenartiges Un- glück ereignete sich gestern abend in dem Postauto nach ...

Aufwertung des Fernsprechbeitrages. Am 26. Mai 1930 erstufen die neue Fernsprechgebührenord- nung, nach welcher jeder Fernsprechteilnehmer zum Ausbau ...

Deutsches Arbeiterlängereisen in Han- nover. Über 90000 Männer und Frauen haben sich zu dem ersten deutschen Arbeiterlängereisen angemeldet, das ...

Ein Forschungs-Institut für gärtne- rische Botanik und Pflanzenzüchtung in Pillnitz. Herr Dr. Walter Gleisberg, Sohn des Direktors M. Gleis- berg ...

Die Dhrselage im Spreßwagen. Kurz- lich verbot im Spreßwagen des von Dresden nach Leipzig ...

Freiberg. In dem reichen Silbermünzfund in dem Grundstück Koenigsallee 4 ist nun, wie bereits kurz mitge- teilt, auch noch ein ganz ansehnlicher Fund von Gold- münzen ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

Leipzig. In einer auf Stötterischer Platz gelegenen Feldscheune des Rats der Stadt Leipzig geriet gestern nach- mittag eine lange Leiter, die von einem Arbeiter gehalten ...

### Die Folgen der Abstimmung über den § 20.

Berlin. (Zuspruch.) Im Reichstag wird heute mittag das Ergebnis der Abstimmung im Bildungsausschuß und die Lage, die sich daraus entwickeln kann, lebhaft er- örtert. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Abstimmung über § 20 des Schulgesetzentwurfs durchaus so ausgefallen ist, wie eingeweihte Kreise vorausgesehen haben und wie es an dieser Stelle bereits vor 8 Tagen angekündigt worden war. ...

Die Deutsche Volkspartei wird diese Frage mit Gegen- fragen beantworten. Das Zentrum hat jedoch wenigstens, nach der augenblicklichen Stimmung in seinen führenden Kreisen, die Absicht, weiterzugehen und zu verlangen, daß sein grundsätzlicher Standpunkt nicht durchgeföhrt wird. ...

In diesen Verhandlungen wird sich zeigen müssen, wie stark die weitere Entwicklung der Lage von der Notwendig- keit der Erhebung des Staats beeinflusst wird. ...

### Gebietsaustausch zwischen Thüringen und Sachsen.

Weimar. (Zuspruch.) Der Thüringer Landtag nahm heute eine Gesetzesvorlage der Regierung über einen Gebietsaustausch zwischen Thüringen und dem Reichsland Sachsen einstimmig an. ...

### Die Kanalentschrift des Reichsverkehrsministeriums und der Danzkanal

Auf Grund von Leitungsnachrichten aus den letzten Tagen über die neue Kanalentschrift des Reichsverkehrs- ministeriums sind Vorarbeiten im Gange, weil der Danzkanal darin nicht erwähnt ist. ...

Die Reichsregierung zu erfragen, dem Reichstag eine Vorlage zu machen, durch die die für den weiteren Aus- bau des Mittelkanals, Obel-Flauer-Kanals, des Ober-Obel-Kanals, des Reder-Kanals und des Donau-Obel-Kanals erforderlichen Ausgaben beson- dert außerhalb des Haushaltsplanes angeordnet werden.

Der Erfinder des Biomalz gestorben. Berlin. (Zuspruch.) Heute früh starb nach kurzem schweren Leiden der in der ganzen deutschen Apothekerwelt bekannte Schöneberger Apothekenbesitzer Eduard Paternmann. ...

Neuwahl des baltischen Staatsgerichtshofs. Darmstadt. (Zuspruch.) Der Reichsrat des baltischen Landtags hat in einer heute mittag abgehaltenen Sitzung dem Protest der Kommunisten gegen die Gültigkeit der am 8. Dezember 1927 vorgenommenen Wahlen der parlamentarischen Mitglieder des Staatsgerichtshofs stattge- geben. ...

### Öffentliche Gemeindeverordnetenversammlung Glaubitz

am 24. Januar 1928 in der Schule I.

Einstimmig wurde der bisherige Gemeindeverordneten- vorsteher Jenker und als dessen Stellvertreter anstelle des Gemeindeverordneten Wendisch der Gemeindeverordnete Müller gewählt. Zum Schriftführer wurde ein Gemein- debeamter berufen. Vorher der Jenker und Bürgermeister Richter dankten dem Kollegium für die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit. ...







**Aus den Landtagsauschüssen.**  
**Jugendfragen.**

Im Haushaltsausschuss A fand am Mittwoch ein sozialdemokratischer Antrag zur Beratung, der sich auf Fragen des Jugendbeschäftigung und der Jugendberufshilfe bezieht. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der die auf den Schutz der körperlichen und geistigen Kräfte der Jugend gerichteten Bestrebungen, insbesondere die Einrichtung von Ferien, unterstützt wird, fand ebenfalls mit zur Debatte.

Der Berichterstatter Abg. Döbner (Soz.) gab einen Überblick über die Lage und Lebensverhältnisse der erwerbstätigen Jugend und empfahl die Annahme des Antrages seiner Partei. Abg. Selig (DVP.) sprach der Regierung und den Jugendverbänden für die zur Zeit in Leipzig eingerichtete Ausstellung „Das junge Deutschland“, die geeignet sei, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für Aufgaben und Pflichten an der Jugend und damit am ganzen Volke zu schärfen. Im Mittelpunkt stehe die Forderung nach Schaffung ausreichender Freizeiten, um trotz aller Anstrengungen im Arbeitsleben Gelegenheit zu finden, den Bedürfnissen des inneren Menschen Rechnung zu tragen. Wichtig sei die Frage, wie und wo die Jugendlichen solche Freizeiten verbringen. Hier trete die Bedeutung der Jugendferien, Erholungs- und Wanderheime, des Besuchs der Jugendherbergen deutlich hervor. Die Regierung müsse dem Wunsch über das Vorhandensein auf dem Gebiet der Ferne eine Aufstellung unterbreiten, damit der Bedarf abgesehen und das Erforderliche veranlaßt werden kann.

Der von den Linksparteien gegen die Deutsche Volkspartei gerichtete Vorwurf ungenügender Interessen für Jugendfragen wurde von Abg. Selig entschieden zurückgewiesen. Die Deutsche Volkspartei bekennet sich zu den Forderungen des Haushaltsausschusses der deutschen Jugendverbände.

Die Regierung erklärte, daß sie die Verlängerung des gesetzlichen Jugendbeschäftigung bis zum 18. Lebensjahr, wie er im Entwurf zu einem Reichsarbeitsbeschäftigungsgesetz vorgesehen sei, gutheißt. Bezüglich der Arbeitszeit für Jugendliche lehnt die Regierung auf dem Boden des Washingtoner Abkommens. Eine generelle Regelung sei aber schwer durchzuführen, da die Gewerbebranche verschiedene Bedürfnisse hätte, die es zu berücksichtigen gelte. Das Ferienwesen sei äußerst wichtig, denn es müsse der körperlichen und geistigen Erhaltung der Jugend dienen. Die über die sächsischen Ferienheime geforderten Aufzeichnungen sollen dem Ausschuss zugeleitet werden. In einer weiteren Sitzung wird der Gegenstand abschließend behandelt werden.

Aus dem Nachtragshaushaltsplan für 1927 war das Kapitel 88 (Polizei) nicht Stellenplan noch abzuschließen. Abg. Lehmann (Soz.) beantragte nach längerer Aussprache Verabschiedung nach der Einsetzung, nachdem Abg. Dr. Gelfert (DVP.) den gleichen Antrag im Namen der Regierungsparteien gestellt hatte. Das wurde einstimmig beschlossen.

Ferner nahm der Ausschuss Kenntnis von einem Bericht des Abg. Dr. Wälder (DVP.) über verschiedene Verträge zwischen dem Reich, dem sächsischen Staate und der Stadt Dresden, die sich auf Besitzveränderungen am staatlichen Nachhofgrundstück und am Fernheizwerk beziehen.

**Aus dem Rechtsausschuß.**

Im Rechtsausschuß hatte der Abg. Renner (Komm.) zum Berichterstatter über das Polizeibeamtengesetz den Abg. Biewert (Komm.) ernannt. Die Beratung mußte vertagt werden, da die Mehrheit des Ausschusses den Berichterstatter ablehnte, weil er nicht Mitglied des Ausschusses ist und seine Ernennung der bisherigen Anwendung der Vorschriften der Geschäftsordnung widerspricht. Der Berichterstatter wird die rechtliche Lage zu klären haben.

Ein Antrag der Volksrechtspartei auf Verlängerung der Gültigkeit des Mietrechtsgesetzes vom 10. Juni 1920 und auf eine zeitweilige Reform des Mietrechts fand Annahme. Ebenso wurde gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei ein sozialistischer Antrag angenommen, nach dem eine Steuer vom reinen Bodenwert durch das Reichsrahmengesetz ermöglicht werden soll. Dagegen wurde ein sozialistischer Antrag abgelehnt, der forderte, daß die Grenze für die Steuerfreien Einnahmen weiter heraufgesetzt werde. Ein kommunistischer Antrag, der zur Entlastung bäuerlicher Betriebe Maßnahmen zugunsten der Schuldner der Raagenrentenbank forderte, die auf dem Boden der gegebenen Rechtslage völlig unmöglich sind, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Auf Antrag des Berichterstatters Abg. Hartig (Soz.) wurde die Beratung über eine Novelle zu dem Gesetz über die sächsische Landespauschalsteuer vertagt, obwohl die Regierung sofortige Beratung mit Rücksicht auf die Dringlichkeit dieses Gesetzes forderte.

**Der Reichstag verlangt Förderung des Siedlungswesens.**

Abg. Berlin. Der Reichstagsausschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen und Wachtfragen stimmte einem umfangreichen Antrag zu, den ein Unterausschuß zur Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens aufgestellt hat und der nun beim Etat des Reichsarbeitsministeriums vom Reichstagsplenum verabschiedet werden soll. Es heißt darin, daß die Siedlerstellen in der Größe auf das wirtschaftlich unbedingt notwendige Maß beschränkt werden sollen. In weit größerem Umfang als bisher sollen kleinere Stellen für Landarbeiter und Handwerker geschaffen werden. Gutsamtliche Landarbeiter sollen auf den auszufüllenden Gütern angesiedelt werden, soweit sie den Willen dazu haben. Ferner verlangt die Resolution die Möglichkeit billigen Landwerbes, Zinsbillie durch Reichskredite und Verbesserung der Verkehrswege der Siedlungen. Im Einklang mit den Landesregierungen soll die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Siedler durch eine planmäßige Betreuung, z. B. in der Form von Musterkolonien und Wirtschaftserziehung gefördert werden.

**Besuch des deutschen Botschafters bei Kellogg.**

Washington. Der deutsche Botschafter v. Wittich und dessen Ratgeber gesehen dem Staatssekretär Kellogg einen Besuch ab, wobei er von dem bisherigen Reichsminister Dr. Rip vorgeführt wurde. Der Empfang durch den Präsidenten Coolidge zur Überreichung des Beglaubigungsscheins wird voraussichtlich zu Anfang nächster Woche erfolgen. Im Laufe des gestrigen Tages empfing der Botschafter den deutschen Reichskommissar Dr. Riebelbach sowie den deutschen Staatsvertreter beim deutsch-amerikanischen Schiedsgericht Geheimrat v. Lewinski, der die Mitglieder der deutschen Kommission vorstellte.

Die Vertreter der amerikanischen Presse wird der Botschafter erst nach der Überreichung seines Beglaubigungsscheins empfangen.

**Wie der Landwirtschaft geholfen werden soll.**

Abg. Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Donnerstag zum Etat des Reichs Ernährungsministeriums Anträge der Regierungsparteien an, worin die Reichsregierung ersucht wird, Gewährung von zweifelhafte in überhand nehmenden zweifelhafte Umschulung drückender schwebender Schulden an Landwirte herbeizuführen, die in der rationalen Fortführung der Betriebe bedroht sind.

In diesem Zweck sollen an territoriale Kreditinstitute Zuschüsse von zusammen 100 Millionen Reichsmark gewährt werden und nach Bedarf weitere Zuschüsse soweit die Beträge durch Begebung von Staatsanleihen zu beschaffen sind. Im Benehmen mit den Landesregierungen sollen Verbundungen mit den betreffenden Kreditinstituten zur Aufnahme von Anleihen alsbald vorgenommen werden. Die Kredite sollen zur Ablösung drückender Schulden der Landwirte und gegebenenfalls zur Erleichterung der Kreditlage der Pächter und Erben verwendet werden. Eine Mitwirkung von Gutachtern aus landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern und Kreditinstituten soll bei der Vergabung der Kredite vorgesehen werden. Ferner soll die Reichsregierung die Rückzahlung der der Preußenkasse vom Reich gewährten Kredite so gestalten, daß die Rückzahlungstermine auf die Zeit nach der nächsten Ernte verschoben werden. Durch Verbundungen mit der Preußenkasse und der Reichsbank sollen den Landwirten die von der Preußenkasse vorgelassenen Abwicklungskredite solange belassen werden, daß sie aus den Ernterträgen zurückgezahlt werden können.

Auf neuem Gebiet soll die Reichsregierung die Landesfinanzämter anweisen, daß die durch Anordnung vom 1. August 1927 vorgenommene Erhöhung der Rahmenhöhe zur Einkommen- und Umsatzsteuer für nicht-bauwirtschaftliche Betriebe ohne besonderen Antrag der Steuerpflichtigen durch entsprechenden Nachschuß bei den Abschluß-

und Vorauszahlungen in allen den Gegenden rückgängig zu machen, wo die auf Durchführungsergebnissen aufgebauten Einkommen- und Umsatzsteuererklärungen ergeben haben, daß keine Erhöhung der Einnahmen gegenüber dem vorigen Steuerjahr eingetreten ist. Dabei soll insbesondere bei bäuerlichen Betrieben eine etwaige Entlastung von Lohnarbeitern und deren Erziehung durch Familienangehörige berücksichtigt werden.

Weiterhin fordern die angenommenen Anträge Erlass von Zinsen für Steuerrückstände und Belegung einer Denkschrift über die wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiter.

Angenommen wurde auch ein Antrag Bachmann (Nat.) betr. Verabreichung der Runkelrübenpreise.

Zu einer längeren Erörterung führte ein Antrag Jandren (Nat.) betreffend Beschränkung der Einfuhr von Fleisch und Schlachtvieh aus dem Ausland.

Der Reichs Ernährungsminister Schiele teilte im Verlauf dieser Erörterung mit, daß das Reichskabinett ihn zur Abgabe einer Erklärung ermächtigt habe, daß die Reichsregierung zur Organisation des Abfuges von Schlachtvieh und Fleisch und von Einrichtungen, die diesen Abfuge dienen, Reichsmittel bis zum Betrage von dreißig Millionen Mark zur Verfügung stellen werde.

**Fortsetzung der Justizdebatte im Reichstag.**

Abg. Berlin, den 26. Januar 1928. Präsident Loh eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Die zweite Lesung des Haushaltsplans für das Reichsjustizministerium

wird fortgesetzt. Abg. Dr. Volk (Str.)

bedauerte einleitend die Tatsache, daß zwischen Volk und Justiz die Entfremdung ständig zunehme und daß sich dementsprechend auch die Organe der Justiz nicht mehr ihres früheren Ansehens erfreuten. Der Redner warnte die Organe der Justiz vor dem schädlichen Nebeneinander oder gar Gegenüber der einzelnen Organe bei Wahrung ihrer Ständesinteressen. Von der letzten Hooger Tagung für internationales Privatrecht erwarte man wesentliche Fortschritte in der Rechtsverbündung der beteiligten Kulturnationen hinsichtlich der Regelung der internationalen privatrechtlichen Normen. Das gleiche sei von der Sommer-tagung in Rom für internationales Urheberrecht zu erhoffen. Alle Bestrebungen auf wechselseitige Annäherung der Völker auf dem Gebiete der Rechtslehre verdienen nachdrückliche Unterstützung. Wenn aber das Völkerrecht dauernden Bestand haben und der Völkerbund keinen Aufgaben gerecht werden solle, so müsse dabei auch die sittliche Basis des Rechts zum Ausdruck kommen. Mit dem in der sittlichen Rechtslehre begründeten Kulturrecht sei aber die Aufrechterhaltung einer strengen Befassung schiedsrichterlich unversöhnlich. Mitten im Frieden sollen Millionen deutscher Bevölkerung im Abseits fremdem Recht überleben bleiben. Völkerrecht und Rechtslehre drängen gebieterisch auf Beilegung dieses unerträglichen Zustandes. Das deutsche Volk könne eine solche Kränkung weder mit seiner Würde noch mit seiner Gleichstellung im Rate der Völker als verträglich erachten. Deutschlands aufrichtiger Wille, mit seinem Nachbarlande Gemeinschaftsinteressen durchzuführen, höhe auf eine Barriere, wenn man unerschütterlich auf seinem Schein beharre. Der Gedanke einer Verwirklichung der Justiz lasse sich aus dem gesamten Fragenkomplex der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern und der Verwaltungsreform nicht herausgreifen.

Der Redner wolle sich sodann den Fragen der Justizreform zu, die einmal in der Nationalisierung der Gesetzgebung, im Abbau der Justiz und in der Sammlung und Eichtung der Gesetzgebung befinde. Es gelte jetzt, die Gesetzgebungsmaschine einigermassen zum Stillstand zu bringen. Die zweite Reformaufgabe bestehe in der notwendigen Kodifikation des geltenden Rechts.

Zur Frage der Vertrauenskrise in der Justiz setze sich der Redner nachdrücklich für die Unabhängigkeit und Weisheitsfreiheit der Richter ein, die aber auch gegen Mißgriffe und Fehlurteile in ihren Reihen energisch Stellung nehmen müßten. In der von den Deutschen Nationalen beantragten Anordnung des preussischen Justizministers, wonach ihm bei wichtigen politischen und Presse-Prozessen fortlaufend berichtet werden solle, liege keineswegs ein unzulässiger Eingriff in die Rechtsprechung. Der Wunsch nach Einschränkung der politischen Prozesse teile er von ganzem Herzen, glaube aber, daß die Dohstheit von Prozessen vorüber sei, weil die Republik ihre schwersten Stürme hinter sich habe.

Im Fall Glag erklärt der Redner, er habe sich zur Zeit als Reichsjustizminister über diesen Fall ebenso wie über die anderen hochpolitischen Prozesse fortlaufend eingehend berichten lassen und namentlich auch mit dem Oberreichsanwalt sehr gründliche und ernste Aussprachen darüber gehalten. Diese Aussprachen verfolgten einmal den Zweck der Information und weiter den, den Oberreichsanwalt, in dessen volle Verantwortung und Selbständigkeit nicht eingegriffen werden sollte, darin zu härten, daß auch der Fall Glag mit strengster Unparteilichkeit und Gründlichkeit ohne jegliche Rücksicht auf irgendwelche Personen oder Parteien bearbeitet werde. Der Redner erklärt, daß er vor Abschluß der Vor-

untersuchung aus seiner Amtstellung ausgeschieden sei und über den weiteren Verlauf des Verfahrens keine Auskunft geben könne.

Abg. Dr. Kohl (DVP.)

schildert zunächst den gegenwärtigen Stand der Justizreform. Trotz mancher Gegenstände seien in diesem Ausschuss doch viele Anträge einstimmig angenommen worden. Die Verhandlungen mit Oesterreich hätten einen erfreulichen Ausgang genommen. Das bisherige Ergebnis sei die Verständigung über den ganzen allgemeinen Teil. Das umstrittene Problem der Todesstrafe sei bisher zurückgeschoben worden. Die Strafrechtsreform sei aber nicht das einzige und letzte Ziel der deutsch-österreichischen Rechtsangleichung sein. Schon 1917 lag ein Plan vor für die Rechtsangleichung auf dem Gebiete des Wirtschafts- und Verkehrsrechts. Gegenwärtig wird an der Vereinfachung des Aktienrechts gearbeitet. Die Rechtsangleichung ist nur ein Ausdruck der historisch begründeten notwendig besitzenden und durch keinen Akt der Weltpolitik aufzulösenden Selbstbestimmtheit der beiden Länder. Eine Schiedsrichterliche Strafrechtsreform wäre die Krönung des Reichstags, von der jetzt schon so viel gesprochen wird. Das Werk der Strafrechtsreform würde auf eine ganz unbestimmte Zeit verschoben werden, wenn es nicht gelingt, es in dieser Legislaturperiode zu vollenden. (Hört! hört!) Daran würde nichts zu ändern sein etwa durch ein Übergangsgesetz, das die bisherige Justizarbeit dem kommenden Reichstag überweilt. Die Rechtsangleichung mit Oesterreich wäre dann aus überhauf gefährdet. Es gibt natürlich politische Situationen, die ohne Rücksicht auf ein großes Völkergesetz die Rechtsangleichung erfordern. Ich kann aber jetzt keine hochpolitischen Gründe dafür finden.

Alle für schnelle Neuwahlen vorgebrachten Gründe müssen zurücktreten hinter der Notwendigkeit, das erfolgreich begonnene Werk der Strafrechtsreform nicht einfach in Scherben zu schlagen.

Der Fall Glag und die Verjährbarkeit Glag werden offenbar sehr überhört. Dasselbe gilt von der sogenannten Notverordnung. Ich habe aus dem Studium der Akten weniger den Eindruck der Gehässigkeit als den der Unerschrockenheit. Zurechnung und Minderwertigkeit gewonnen. Aus Artikel 48 der Reichsverfassung kann selbstverständlich nicht die Befugnis abgeleitet werden, die Verfassung selbst außer Wirkung zu setzen. Wenn die Entrüstung über diesen Fall nicht größer war, so lag das wohl daran, daß sie kompensiert wurde durch die Entrüstung über die geradezu unfinnige Hausdurchsuchung bei meinem Parteifreund Böglar. Jeglicher von Richtern kommen vor und die Richter müssen sich auf Kritik gefallen lassen. Ich werde mich nur gegen den immer wiederholten generellen Vorwurf einer deutschen Majestätsläserei. Das ist die Behauptung einer unwahren Tatsache. Die zweifellos vorhandenen Gebrechen der Justiz liegen zum Teil darin begründet, daß der jetzt im Gange befindliche Prozess des Übergangs in die neue Zeit noch nicht abgeschlossen ist.

Die Deutsche Volkspartei hat als ihr Ziel den deutschen Einheitsstaat aufgestellt. In diesem Ziel bin ich mit Dr. Gremer einig; ich unterwerfe mich von ihm nur im Tempo. Wenn den Willen der Länder läßt sich der Einheitsstaat nicht beschleunigen. Bismarck hat zweifellos in seiner eigenen Verfassung nicht den letzten und höchsten Ausdruck der deutschen Einheit gesehen. Das weiß ich aus keinem eigenen Munde. Er würde heute nicht rückwärts! sondern vorwärts! sagen. Er würde freilich auch festhalten an dem tausendjährigen Grundgesetz deutscher Entwicklung, der Respektierung des Stammes- und Volkstümlichen innerhalb der Einheit und Allgemeinheit. Es darf das Werk der Reichseinheit nur so geschaffen werden, daß dabei die Freude am Reich seinen Schaden erleidet. (Beifall.)

Von den Kommunisten ist ein Nichtanerkennungsantrag gegen den Reichsjustizminister eingebracht.

Im 16½ Uhr wird die Weiterberatung auf heute Freitag 14 Uhr vertagt.

**Besprechungen im Reichstag.**

Abg. Berlin. Die für Donnerstag nachmittag anberaumte gemeinsame Besprechung der Fraktionsführer und Reichsgeheimräte aller Reichstagsparteien mit Ausnahme der Wirtschaftlichen Vereinigung und der kleineren Gruppen, die keine Fraktionsführer haben, über die Frage der Splitterparteien ist abgesetzt worden. Die Besprechung über diese Frage soll, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, auf Wunsch des Reichsinnenministers v. Reußel erst stattfinden, wenn eine Einigung unter den Regierungsparteien erzielt worden ist. Nach einer bei der letzten Regierungsbildung getroffenen Vereinbarung unter den Regierungsparteien soll über verfassungsändernde Fragen erst verhandelt werden, wenn eine Verständigung unter den Regierungsparteien erreicht worden ist.

Die Sozialdemokraten beschäftigten sich in ihrer Fraktionsführung mit der Frage der Splitterparteien, um zunächst einmal die Meinung der Fraktion über die bisher dazu aufgetauchten Vorschläge zu klären.

Statt der ursprünglich vorgesehenen gemeinsamen Besprechung der Vertreter aller großen Reichstagsparteien fand am Donnerstag nachmittag im Reichstag eine Besprechung der Vertreter der Regierungsparteien über die Frage der Splitterparteien statt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wurde in dieser Besprechung eine Verständigung nicht erzielt. Man war der Auffassung, daß die bisher gemachten Vorschläge nicht geeignet sind, das erstrebte Ziel zu erreichen. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.



## Reichsrats-Beschlüsse.

Wa. Berlin. Der Reichsrat erteilt in seiner 100sten Sitzung vom Donnerstag mehreren vom Reichstag unbeschadet angenommenen Beschlüssen die nach der Verlesung erforderliche letzte Sanction, darunter u. a. auch dem Abkommen über vorläufige Regierungen des Kaiserreichs und Polen.

Einvernehmen erklärte sich der Reichsrat mit einer Verordnung, wonach die bisherige Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr in einigen Punkten abgeändert wird. Künftig müssen die Kufenkanten der Seitenlaternen von Kraftfahrzeugen einen Abstand von nicht mehr als 40 cm von der Kufenkante des Fahrzeugs haben. Zu Führern von kleineren Kraftfahrzeugen und Krafttraktoren sollen künftig auch Personen zugelassen werden, wenn gleich nur unter besonderen Vorbedingen, deren Gebraucht herabgesetzt ist. Anhänger, die mit selbsttätiger Bremse versehen sind, brauchen keinen selbständigen Führer mehr zu haben.

Der Reichsrat genehmigt weiter neue Grundzüge für Entschädigung der mit Geschäften der Finanzämter betrauten Gemeinden und Gemeindeverbände, wodurch die Entschädigung erhöht wird.

Die Frage einer Neuweisung der Stelle des Senatspräsidenten Niedner beim 4. Strafsenat des Reichsgerichts wurde von der Tagesordnung abgelenkt.

## Vor einer Kolonialabteilung.

Wa. Berlin. (Tel.) Aus Ostafrika treffen beunruhigende Nachrichten über die Ziele der englischen Ostafrikakompagnie ein, die unter der Führung Sir John Douglas seit einigen Wochen mit den Gouverneuren der englischen Kolonien Kenia, Uganda und des Mandatsgebietes Tanganyika (Deutsch-Ostafrika) über den Zusammenschluß dieser Gebiete verhandelt. Man weiß, daß das Ziel der Ostafrikakompagnie die Verwirklichung der Bildung eines Dominiums unter Annetion Deutsch-Ostafrika ist. Allerdings stehen der Durchführbarkeit dieses Planes nach den neuesten Berichten aus Nairobi zur Zeit noch auf Seiten der weißen Bevölkerung Bedenken entgegen. Jedoch lassen auch diese Berichte keinen Zweifel darüber, daß die politische Union noch in absehbarer Zeit kommen wird. Inwieweit dieser gefährlichen Situation für die Integrität des Mandatscharakters Deutsch-Ostafrika wird, wie in parlamentarischen Kreisen verläutet, im Reichstag voraussichtlich anlässlich der bevorstehenden außenpolitischen Debatte der deutsche Standpunkt, der durchaus den Völkerverbindungen entspricht, eindeutig zum Ausdruck kommen. Man darf erwarten, daß sich auch die Reichsregierung zu den Vorfällen in Ostafrika äußern und gegenüber einer etwaigen Verletzung der Mandatsbestimmungen eindeutig und ohne Mißverständnis Stellung nehmen wird.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Wa. Berlin. Aus Warschau kommen Meldungen, die besagen, daß dort augenblicklich bereits über das Kolonialkontingent verhandelt werde, das Deutschland Polen bewilligen solle. Polen soll angeblich ein Kontingent von 350-400 000 Tonnen gefordert haben. Diese Meldungen haben naturgemäß in Kreisen der deutschen Industrie größte Beunruhigung hervorgerufen. Wie wir erfahren, kommt die Bewilligung eines derartigen Kontingents überhaupt gar nicht in Frage. Das Reichswirtschaftsministerium wird sich unter keinen Umständen auch nur in Verhandlungen über eine annähernd große Anzahl von Tonnen einlassen, da damit der deutsche Rohlenbau auf das Schmerzlich gefährdet und in seiner Existenz bedroht wäre. Im übrigen böten wir jedoch, daß die Verhandlungen in Warschau überhaupt noch nicht weit genug fortgeschritten sind, um schon von Kontingenten reden zu können. Es kann sich also nur um ganz unverbindliche Äußerungen nichtamtlicher Stellen handeln.

Wie wir weiter erfahren, liegt ein Beschluß der polnischen Regierung vor, daß die kürzlich beschlossene Maximalhöhe Deutschlands gegenüber nicht zur Anwendung kommen sollen, so lange die Verhandlungen dauern.

## Übertragung der thüringischen Steuerverwaltung auf das Reich.

X Weimar. Dem Landtage ist ein Gesuchentwurf zugegangen, durch den das thüringische Finanzministerium ermächtigt werden soll, die Verwaltung der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Aufwertungssteuer vom bedauerlichen Grundbesitz sowie der Zuschläge der Gemeinden und Kreis- und Gemeindeverwaltungen durch den Reichsfinanzminister der Reichsfinanzbehörden übertragen zu lassen. Das Reich ist grundsätzlich bereit, die Verwaltung der staatlichen Grundsteuer, Gewerbesteuer und Aufwertungssteuer vom 1. April 1928 ab zu übernehmen. Es verpflichtet sich, die Kosten für die Hilfsorgane der Erhebung von rund 500 000 Mark jährlich zu tragen. Es ferner bereit, die Landesbeamten der thüringischen Steuerverwaltung in den Reichsdienst zu übernehmen, soweit sie erforderlich sind. Die Übernahme der Gemeinde- und Kreiszuschläge zur Grundsteuer und Gewerbesteuer hat das Reich bis jetzt noch nicht bewilligt. In der Verlehnungsfrage bestehen noch Schwierigkeiten. Das Reich braucht für die zu übernehmenden Aufgaben 160 Beamte. Thüringen kann 70 Beamte und 90 Angestellte zur Verfügung stellen; das Reich steht aber auf dem Standpunkt, daß die angebotenen 90 Angestellten mit Rücksicht auf die Verlehnungsbestimmungen, die für die Steuerverwaltung Beamte verlangen, nicht übernommen werden können. Thüringen berechnet die Einsparnis in den Ausgaben jährlich auf etwa 800 000 bis 900 000 Mark, falls die angebotenen Beamten und Angestellten in den Reichsdienst übernommen werden.

## Die Regierungserklärung des neuen Danziger Senats.

\* Danzig. (Telunion.) In der gestrigen Plenarsitzung des Danziger Volksrates gab Senatspräsident Sam eine Erklärung ab, die das Programm der neuen Linkregierung enthält. Die Regierungserklärung schlägt namentlich Polen gegenüber einen außerordentlich verständlichen und entgegenkommenden Ton an. Die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen sollen fortan in verständlichem Geiste und möglichst von Person zu Person geführt werden. Danzig-polnische Streitfragen sollen daher nach Möglichkeit direkt und nicht durch den Völkerbundskommissar oder gar den Völkerbundrat erledigt werden. Die letzten Erklärungen des polnischen Außenministers Jastell, aus denen der Wille zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit Polens unabweislich hervorgeht, sei, wird als ein glückliches Vorzeichen angesehen. Danzig erwarte von Polen, daß es die tatsächliche Selbständigkeit und den allseitig anerkannten Charakter der Freien Stadt achtet. Die Erhaltung und der Ausbau der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sei und bleibe für den Senat eine selbstverständliche Pflicht. Der Senat werde Mittel und Wege suchen, um die alten handelspoli-

tischen Wege zur Sanktionierung wieder zu erschließen und gute Beziehungen zu den großen und vollstehenden Ländern des Ostens anzubahnen. Zur Besserung der Wirtschaftslage und zur Belebung der großen Arbeitslosigkeit soll alles getan werden, um die Konkurrenzfähigkeit Danzigs als Handelsstadt zu fördern. Insbesondere wird der Ausbau und die Erweiterung des Danziger Hafens an erster Stelle stehen. Der Senat wird dem Völkerbund demnach vier verfassungsändernde Beschlüsse vorlegen. Erstens die Herabsetzung des Senats und Volksrates, 2. parlamentarische Verantwortlichkeit des Gesamtorgans und jedes einzelnen Senators, 3. Selbstauslösung des Volksrates, 4. Wiederherstellung einer Selbstverwaltung der Stadtgemeinde Danzig. Bis Ende 1928 soll der vom Völkerbund geforderte Deamentenabbau um mindestens 800 Köpfe durchgeführt sein. Im neuen Budget werden Mittel für die Einwohnerwehr nicht mehr eingestellt.

Nach der Regierungserklärung, die auf den Bänken der Koalitionsparteien mit Beifall aufgenommen wurde, vertagte sich das Haus.

## Die deutsche Arbeit für den Sicherheitsausgleich.

Wa. Berlin. (Funkpruch.) Ueber den Inhalt des noch unpublizierten deutschen Memorandums, das als letztes Schriftstück dem in Prag tagenden Sicherheitskomitee des Völkerbundes vorliegt, schreibt die deutsche diplomatische Korrespondenz: Man darf annehmen, daß sich keine Bemerkungen, die im wesentlichen allgemeine Grundsätze aufstellen, im Rahmen des von deutscher Seite bereits in Genf und namentlich bei den ersten Sitzungen des Sicherheitskomitees selbst am 1. und 2. des vorigen Jahres vertretenen Programms halten und wie das nach der Lage der Dinge nicht anders möglich ist, keine sensationellen neuen Vorschläge bringen wird.

Größt Wahrscheinlichkeit hatte demnach einwärtig die Notwendigkeit betont, die Schiedsgerichtsbarkeit auszubauen und ein Verfahren zu schaffen, das die friedliche Regelung aller internationalen Konflikte gewährleistet. In gleichem Sinne wird man jetzt den Ton darauf legen, daß man zuerst die Ursachen feststellen müsse, die zum Kriege führen können, wenn man den Krieg als solchen bekämpfen will, und daß demgemäß ein Verfahren für die friedliche Regelung von Streitigkeiten ausgearbeitet werden muß. Ein praktisches durchführbares Verfahren zu finden, auf das sich die Mächte zur friedlichen Regelung von Konflikten auf schiedsrichterlichem und ähnlichem Wege festlegen können, dürfte die Haupttendenz der deutschen Vorschläge für die vorbereitende Arbeit des Sicherheitskomitees sein.

## Gnadengesuch und Wiederaufnahmeverfahren im Sememordprozess.

Wa. Berlin. (Funkpruch.) Der zum Tode verurteilte Oberleutnant a. D. Paul Schulz ist in der Strafanstalt in Wittenberg erkrankt. Der Gefängnisarzt stellte eine leichte Hirnerkrankung fest, die nach seiner Ansicht jedoch in kurzer Zeit bedoben sein dürfte. Einer Ueberführung ins Lazarett hat Schulz selbst widersprochen. Inzwischen sind allen 4 wegen Sememordes verurteilten Angeklagten auch weitere Erleichterungen angedacht worden. So haben sie Besuche erhalten, die ihnen beabsichtigt werden können. Ferner dürfen sie Besuche von Angehörigen empfangen, rauchen usw.

Bei seiner gestrigen Unterredung mit Rechtsanwalt Dr. Sack erlitt Schulz einen Weinkampf, er hat, daß man lieber die Todesstrafe vollstrecken als ihm und die anderen drei Verurteilten der Qual der Ungewißheit überlassen solle. Schulz war jedoch nicht fähig, irgend welche Angaben zu machen, sodas Rechtsanwalt Dr. Sack sich von neuem an den Präsidenten des Untersuchungsamtes gewandt hat, die 4 Verurteilten nach Wittenberg zurückzuführen, andererseits könne er als Verteidiger nicht die Verantwortung übernehmen, die Einreichungsgesuch für das Wiederaufnahmeverfahren, das für die 4 zum Tode Verurteilten von ungewisser Wichtigkeit sei, einzubringen. Neben der Wiederaufnahme des Verfahrens geht inszwischen das Gnadengesuch seinen Gang. Es dürfte aber mindestens 3 bis 4 Wochen dauern, bis auf dem amtlichen Wege das Kabinett angerufen werden kann.

## Der Fehlbetrag im Berliner Haushalt für 1928.

X Berlin. In seiner Haushaltrede in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung führte der Stadtkämmerei Dr. Lange u. a. aus, daß der große Fehlbetrag von 50 000 000 RM. nicht, wie gelegentlich ausgesprochen wurde, künstlich herbeigeführt ist, um als Druckmittel mit Finanzausgleich zu dienen. Die Vermögenslage der Stadt ist gesund; die Höhe der Schulden entspricht ungefähr der Hälfte des wachsenden Vermögens. Dagegen ist die Finanzlage für den laufenden Haushalt schwierig und ernst, nicht zuletzt durch die ungeheuren Kürzungen der städtischen Steuereinnahmen durch den ungünstigen Finanzausgleich. Es ist trotz weitestgehender Kürzungen und Einschränkungen nicht gelungen, das Gleichgewicht herzustellen. Trotzdem war eine Streikung der Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr nicht zu vermeiden. Sie beruht zum erheblichen Teil darauf, daß bei den früheren Haushalten zwangsläufige aber unabweisbare Ausgaben zu niedrig angesetzt waren. Darüber machte der Stadtkämmerei nähere Angaben und lüfte dann fort: Vereinfachung der erhöhten Kosten der Beamtenbezahlung ist Vereinfachung der Verwaltung notwendig. Das Rohmaterial des vorliegenden Haushalts zeigt, daß zur Verbilligung der Verwaltung eine Vergrößerung der Besätze notwendig ist. Wie in der laufenden Verwaltung mußte auch bei der außerordentlichen Verwaltung, die aus Anleihen gedeckt werden soll, weitestgehende Einschränkung geübt werden. Ob die Deckung des Fehlbetrages von rund 50 Millionen, führte der Stadtkämmerei zum Schluß aus, ohne alle große Steuererhöhungen möglich sein wird, hängt davon ab, wie die schwebenden großen Fragen über die Neuordnung des Finanzausgleichs entschieden werden.

## Radio-Konferenz des Völkerbundes.

Genf. (Telunion.) Gestern sind hier einige Sachverständige zusammengetreten, um die Möglichkeit der Errichtung einer Radiostation und Aufnahmeaktion beim Völkerbundsekretariat zu prüfen. Die Verhandlungen finden unter dem Vorsitz des Direktors der militärischen Radiostation beim französischen Kriegsministerium, General Ferris, statt. Ferner nehmen an den Verhandlungen teil ein Vertreter Deutschlands, der Völkerrat Jäger vom Reichspostministerium, ein Vertreter des englischen Postamtes sowie ein Vertreter Hollands und Indiens. Es handelt sich hierbei um den Ausbau besserer technischer Verbindungen zwischen dem Völkerbund und den Mitgliedsstaaten, mit dem Ziel, in Friedenszeiten eine sofortige Informierung des Völkerbundesrates zu ermöglichen, damit eine rechtzeitige Intervention des Völkerbundesrates bei Ausbruch von Feindschaften erfolgen kann.

## Zum Etat des Reichsernährungsministeriums.

Wa. Berlin. (Funkpruch.) Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat heute die Einzelberatung des Etats des Reichsernährungsministeriums zum Etat des Reichsernährungsministeriums für den Haushaltsjahr 1928/29 begonnen. Der Ausschuss hat die Einzelberatung des Etats für Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Arbeitsmaschinen und sonstige landwirtschaftliche Einrichtungen mit 11 Millionen RM.

Abg. Goerke (Komm.) verlangte eine Denkschrift über die bisherige Tätigkeit der Ausatorien zur Motorisierung der Landwirtschaft, der Traktoren-Vereinigung, m. B. O., die Veranschaulichung sowie die Nachschau.

Reichsminister Schiele teilte auf Anfrage des Abg. Goerke mit: Im März haben 2 Sitzungen stattgefunden. Vertreter des Reichsernährungsministeriums waren weder einbezogen noch anwesend. Am 11. März wurden Kraftfahrzeuge betreffende Fragen behandelt. Im übrigen bin ich bereit, dem bereits verlegenen Tätigkeitsbericht des Reichsausschusses für Technik und Landwirtschaft (des letzten Ausatoriums) für die Jahre 1926 bis 1927 dem Ausschuss vorzulegen.

(Die Sitzung dauert noch fort.)

## Letzte Funkpruch-Meldungen und Telegramme vom 27. Januar 1928.

Empfänger beim Reichspräsidenten.

Wa. Berlin. (Funkpruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini, der von dem italienischen Gesandten in Berlin, Sibilantus, begleitet war, sowie den deutschen Botschafter beim päpstlichen Stuhl Dr. von Bergen.

## Gemeinschaftsarbeit zwischen Elektrowerke N.-O. und Preussische Elektrizitätsgesellschaft.

Wa. Berlin. (Funkpruch.) Das in den Verhandlungen zwischen der Elektrowerke N.-O. und der Preussischen Elektrizitätsgesellschaft N.-O. vorgesehene Ueberinkommen sieht, wie die Preussische Elektrizitätsgesellschaft N.-O. mitteilt, eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Elektrowerke N.-O. und Preussische Elektrizitätsgesellschaft N.-O. bei den Braunschweigischen Kohlenbergwerken sowie in Grenzgebieten vor und enthält eine Verständigung über die beiderseitigen Versorgungsgebiete.

## Die Hauptabteilungsgewinn im Kolonial-Brosch nach Holland erhoben.

Wa. Berlin. (Funkpruch.) Wie die Bremer Volkszeitung meldet, ist die Konzernleitung der Bremer Vulkan und Staatsanwaltschaft im Kolonial-Brosch Bertold Wolf mit ihrem während der Kolonial-Affäre angetrauten Mann vorige Woche heimlich nach Holland entflohen.

Der deutsche Gesandte in Romo beim Reichskanzler.

Wa. Berlin. (Funkpruch.) Reichskanzler Dr. Marx empfing heute vormittag den deutschen Gesandten in Romo, Mograt.

Grasfisch!

## und die sozialdemokratische Zeitungsmehrung.

Wa. Berlin. (Funkpruch.) Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist die Nachricht falsch, daß die preussische Innenminister, Grasfisch werde ein neues sozialdemokratisches Abendblatt für Berlin, dessen Erscheinen dieser Tage von der Presse angefangen wurde, finanziell unterstützen. Der Minister hat erst aus der Presse von dem geplanten Erscheinen dieses Abendblattes Kenntnis erhalten.

## Ein deutsches Memorandum zum Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees.

Wa. Prag. (Funkpruch.) Die deutsche Botschaft in Prag hat heute dem Außenminister Dr. Neuwirth als Vorläufer des Sicherheitskomitees ein Memorandum überreicht, welches Bemerkungen der deutschen Regierung zu dem Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees, dessen Vertreteratter gegenwärtig in Prag verammelt sind, enthält.

## Verurteilung eines italienischen Schwindlers.

X Rom. Der Schwindler, der seinerzeit behauptet hatte, in den Dolomiten von Carrara Eisen entdeckt zu haben, und der damit in der Presse großes Aufsehen erregt hatte, wurde gestern wegen verschiedener Betrügereien zu drei Jahren lebenslänglichen Monaten Haft verurteilt.

## Einstellung eines Verfahrens wegen Selbstmordes.

Wa. Potsdam. Wegen des Oberkammerinspektors Feil Waul in Werder a. H. war von der Staatsanwaltschaft in Potsdam auf Grund von Zeitungsberichten ein Verfahren eröffnet worden. Waul sollte durch Selbstmord und zu späte Dinyziehung eines Arztes den Tod seiner beiden Kinder an Diphtherie verursacht haben. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt die Untersuchung eingestellt, nachdem sich die völlige Heilbarkeit der Verurteilten ergeben hat. In den letzten Tagen ist übrigens die Gattin des Oberkammerinspektors ebenfalls an Diphtherie gestorben.

## Notkündigung der Landbevölkerung in Odenburg.

X Odenburg. Gestern mittag verankaltete die Landbevölkerung in Odenburg eine große Kundgebung, an der etwa 25 bis 30 000 Personen teilnahmen. Als erster sprach der Geschäftsführer des Odenburger Landbundes, Dr. Müller, der eine unverzügliche Behebung der Not der Landbevölkerung forderte. Weiter sprachen Vertreter der Landwirte, des Handwerks, der Händler und der Kaufmannschaft. Es wurde eine Denkschrift mit den von der Landwirtschaft, dem Handwerk und Gewerbe aufgestellten Forderungen verlesen, die in den nächsten Tagen der Reichsregierung überreicht werden soll.

Hierin wird verlangt: Sperrung der Grenzen gegen jede überflüssige Auslandsreise, gleicher Schutz der Landwirtschaft durch Höhe, Ähnlich der Industrie, Vereinfachung des Steuerwesens, Steuererlass für notleidende Handwerker und Kaufleute, Verminderung der öffentlichen Ausgaben und Aufgaben, kühne Sparmaßnahme der öffentlichen Wirtschaft und Herabsetzung des Beamtenbesatzes, einseitige Auslösung der Durchführung des Beamtenbesatzes, Abbau der sozialen Lasten, Zulassung freiwilliger Arbeitsarbeit nach der 8 stündigen Arbeitszeit, planmäßiger Abbau der Wohnungsnotstandsmaßnahmen und Förderung der Bauwirtschaft, Vergabe von langfristigen billigen Krediten mit dem Ziele der Entlastung.

Nach Schluß der Versammlung marschierten die Teilnehmer in zwei Demonstrationen durch die Stadt. Eine Abordnung begab sich zum odenburgischen Staatsministerium, die Forderungen der Landbevölkerung zu unterbreiten.

## Schnitzreiser Berlin

Ist am 26. Januar in Gombas eingetroffen. Er wird am 3. Februar nach London (Lyon) in See gehen.



### Prozeß Schred.

Das aus den Verhandlungen im Schred-Prozeß, die erst am Freitag wieder fortgesetzt werden, ist noch nachzutragen, daß sich unter den gefälligten Denkschriften über angebliche deutsche Wucherung auch eine Eingabe Krupp über Errichtung von Wasserfabriken in Rußland befindet. Hauptmann Reinde erklärte als Zeuge, daß er mit Schred nie in Verbindung gestanden habe. Ein photographischer Sachverständiger sagte aus, daß einige auf den vorliegenden Photographien geschriebene Worte charakteristische französische Schriftzeichen aufwiesen, woraus zu schließen sei, daß die Originale kurze Zeit in fremder Hand waren, die sie photographieren ließ. Festgestellt wurde, daß ein polnischer Oberleutnant aus dem polnischen Generalstab verhaftet ist, die Stärke der Berliner Schutzgolfz zu Spionagezwecken festzustellen.

### Wer darf heiraten?

Von Stadtkarlar Dr. F. R. Scheumann-Berlin.

Der bei der Eheberatungshilfe vorgelegte Bericht. Wenn der vielgeleitete Kampf der Belianschungen und Glaubensmeinungen heute auch um die Ehe tobt, so empfiehlt es sich, zu der unbefangenen Naturbetrachtung seine Zuflucht zu nehmen. Für den Biologen bedeutet Ehe einfach den menschlichen Lebensbund als Grundtatsache und Grundlage menschlicher Lebenshaltung. Ehe beraten kann nur der Biologe, der das menschliche Leben im ganzen Umfang in den Grundtatsachen kennt mit allem feilschen und gesellschaftlichen und auch dem krankehaften Wesen. Es wird also kaum jemand anders als der Arzt zum Eheberater berufen sein. Ein Arzt allerdings mit philosophischer Weltanschauung und sozialer Bildung: Einmal, wie sie unsere großen Lehrer von dem Idealrat immer verlangt haben.

Die Beratung soll schon in der Entwicklungsperiode erfolgen. Sie dient der Vorbereitung auf die Ehe und Andet ihren natürlichen Abschluß in der Eheberatung, d. h. der Gesundheitsfeststellung bei der Eheschließung. Da wird noch einmal eine Art Generalexamen vorgenommen vor dem so bedeutungsvollen Eintritt einer neuen Lebensphase, die die Gefährdung des Klienten selbst und eines ihm ena verbundenen Mitmenschen, darüber aber weit hinausreichend die Schicksalswende ganzer Generationen mit sich bringen kann. Zweitens dient die Beratung als ein anfänglicher Teil der Eheberatung zu den sogenannten „Gesunden“. Es spielen jedoch die Gesundheitsfragen immer noch eine bedeutende Rolle als Eheschindernis, das sich indes in den meisten Fällen einermachen wieder überwinden läßt. Nicht selten hat der Berater die Freunde, übertriebene Besorgungen zu zerstreuen zu können, auch auf dem Gebiete der Tuberkulose, wo der sogenannte „Lungenhygienelehrer“ oft als ärztliches Schreckgespenst erscheint. Einmalige Prüfung und individuelle Beratung von allergrößter Wichtigkeit, ganz besonders bei den mütterlich sehr künftigen Vererbungsfragen.

Selbst die gesund fundierte Ehe kann in ihrem Verlaufe geschädigt werden, wieviel mehr erst die Ehe, deren Grundlagen von vornherein schwach waren. Die Beratung findet ihre Fortsetzung also in der Beratung zur Gefunderhaltung der Ehe und als Eheschindernis, oder Familienberatung, körperlich-geistliche Unstimmigkeiten, die ja in der modernen

Die nicht selten aus, ferner Fortschreitungsfragen können am häufigsten in die Eheberatung der Eheberatungshilfe. Bisweilen bleibt der Rinderleiden aus, der bei Ehe für die Frau auch heute noch den natürlichen und eigentlichen Gehalt gibt. Auf der anderen Seite steht die Überforderung der Frau im Beruf und im Haushalt und mit dem Rinderleiden — eine heilige Frage, die viel Zeit, Kraft und Mitgefühl erfordert. Ferner sollen auch Besuche wegen der Kinder selbst in Beside der Familienberatung, wenn auch hier ande Beratungswelche aus anzuregen. Sehr erwünscht wäre es, wenn davon vor Adoptionen mehr Gebrauch gemacht würde, im Interesse der Kinder selbst und auch der Adoptiveltern. Durch die ersten Mitteilungen über die Eheberatungshilfe ist vielfach der Eindruck erweckt worden, als ob das Beratungsgeschehen die wichtige Rolle in der Eheberatung spiele. Zunächst ist den meisten Klienten vernünftigerweise vor allem an dem Rat gelegen. Dann aber muß beachtet werden, wieviel unter Urteil auf den richtigen Aussagen des Klienten fußt. Wir haben deshalb in unserer Beratungshilfe unferm Zeugnis eine vorläufige Feststellung gegeben und wollen auch durch den Hinweis auf die Möglichkeit, von uns nähere Erklärungen einzufordern, davon warnen, auf Grund des Zeugnis allein schwerwiegende Entscheidungen zu treffen. Das Beratungsgeschehen befaßt nicht mehr, allerdings auch nicht weniger, als daß der Eheberater seine Lebensführung in Bezug auf die beabsichtigte Eheschließung hinsichtlich zu hören versucht hat, daß sich dabei im Augenblick keine Bedenken ergeben haben und daß somit nach diesem Beweis einer gewissen häuslichen Sorgfalt von ihm Verantwortlichkeitsgefühl und Gewissenhaftigkeit als Ehepartner zu erwarten sind.

Quantitative Sorgfalt und gesundheitliches Reingefühl sind vielfach überaus das wertvollste, was der Klient aus der Eheberatung mitnehmen kann. Das aber ist keineswegs gering zu achten. Denn Hand in Hand damit geht der Wille zur Gesundheit, der den Kampf gegen Vererbung und Erkrankung aufnimmt und sich dabei selbst auf den beruflichen Helfer, den Arzt bezieht.

### Statistik der spinalen Kinderlähmung.

Auswertung des Reichsgesundheitsamts. Das Reichsgesundheitsamt gibt eine Statistik der in den letzten Jahren bedauerlicherweise zahlreich aufgetretenen Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung, auch akute epidemische Kinderlähmung genannt. Die spinale Kinderlähmung trat in Deutschland erstmals im Jahre 1909 auf und zwar hauptsächlich in den preussischen Regierungsbezirken Königsberg und Posen. Ein Anstieg auf über 1000 Erkrankungen wurde im Deutschen Reich im Jahre 1918 beobachtet, während in den Jahren 1912 und 1911 nur 233 bzw. 242 Fälle gemeldet wurden. Epidemisch herrschte die Krankheit seit 1911 in Skandinavien. Noch schwerer war eine von Juni bis November 1918 im Staate New York herrschende Epidemie, bei der 13223 Erkrankungen, davon 10842 in der Stadt New York, festgestellt wurden. Nach dem Weltkrieg wurden im Deutschen Reich in den Jahren 1921—1925 jeweils 399, 601, 525, 541 und 890 Erkrankungen gemeldet. Die Zahl stieg im Jahre 1926 auf 1614 an. Im Jahre 1927 haben die Erkrankungen und zugleich die Sterbefälle noch weiter zugenommen. Es wurden in den ersten 60 Wochen der Jahre 1928 und 1927 1262 bzw. 1724 Erkrankungen und 126 bzw. 190 Sterbefälle gemeldet. Das Verhältnis der Sterbefälle zu den Erkrankungen hat sich jedoch 1927 gegen das Vorjahr nicht wesentlich verändert.

## Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

### Spiele des Riesaer Sportvereins

am 29. Januar 1928.

Der kommende Sonntag steht wieder fast alle Mannschaften auf dem Plan. In Riesa treffen sich in der 1. Klasse nachmittags 2 Uhr.

**1. FC. Leisnig — Riesaer Sportverein**  
im RSV-Vorl. Leisnig gehört zu den Überraschungsmannschaften und ist zumal auf eigenem Blase ein schwerer Gegner. Dies mußte auch der RSV. im Vorspiel in Leisnig spüren. Allerdings spielte dort der Meister unter aller Würde und hatte viel Mühe sich durchzusetzen. Erst gegen Schluß holte er einige Tore heraus und gewann nach 5:2. Aber auch der Tabellenzweite FC. Mohren mußte dies erst am vergangenen Sonntag spüren. Mit Mühe und Not gelang ihm ein 4:3 Sieg (Halbzeit 3:3). Der Meister sollte nicht allzu festgeföhrt auf den Platz gehen, sich vielmehr alle erdenkliche Mühe geben, um das Spiel den vorangegangenen würdig anzureihen.

**Die Meister des Riesaer Sportvereins**  
geht einen schweren Gang nach Wügeln. Der kleine, in seiner Weise vorwärtsdringende Wügelnier Blau ist schon manchem Verein zum Verhängnis geworden. Auch Sportlust konnte dort nur ein Unentschieden erzielen, weshalb die Meister doppelt vorichtig sein muß, um seine Spitzenstellung durch eine womögliche Niederlage nicht einzubüßen.

**RSV. 3. — RSV. Sportlust 2.**  
steht die andere Waarung. Hier werden sich zwei gleichstarke Mannschaften gegenübersehen. Der Sieger ist deshalb nicht vorauszusagen. Das Spiel findet vorm. 10.15 Uhr statt.

**RSV. 4. Elf ist Gast der DFC. 4. Elf.**  
Ebenfalls 10.15 Uhr steigt dieses Verbandspiel in Döbeln. Wenn nicht alles trägt, sollten die Gastgeber den Sieger stellen. Wenn würden wir auch das Gegenteil iden. Knüpfen die Riesaer an ihre vorsonntäglichen Leistungen gegen Großenhain an, sollte es immerhin möglich sein. A.

### 958. Sportlust 24 e. B.

Damenhandball: Verbandspiel.

RSV. 1. — RSV. 1.

Nach langer Pause treten endlich auch wieder einmal die Damen auf den Plan, um im Kampf um den Ball ihr Können zu zeigen. Nach Tage der Dinge haben die RSV. Damen vor einer schweren Aufgabe; doch mühten auch sie mit festem Willen und etwas mehr Energie als sonst abzuwehren.

### Fußball: Verbandsspiele.

RSV. 1. — Wader Mühlberg 1.

RSV. 2. — RSV. 3.

RSV. 2. Tab. — Roselt 1. Tab.

Wader Mühlberg ist Gegner der 1. Mannschaft Sportlust. Anstos 14 Uhr. Sportlust hat seinen Grund das Spiel leicht zu nehmen, zumal es die Mühlberger fertig brachten am vergangenen Sonntag dem SV. Waderau 3 Tore auszubrummen. Den letzten Resultaten nach zu urteilen mühten die Riesaer nach Kampf Sieger bleiben. Eine besonders Überraschung wäre es aber durchaus nicht, wenn das Gegenteil einträte.

**RSV. 3. — RSV. 2. vorm. 10.15 Uhr am Bürgergarten.** Zwei gleichwertige Mannschaften werden sich hier die Punkte streitig machen, vor von den beiden das Ende für sich haben wird, ist fraglich.

**RSV. 2. Tab. — Roselt 1. Tab. in Roselt.**

Sollte diese Mannschaft vorläufig antreten, was eigen-

lich eine Selbstverständlichkeit sein mühte, aber leider selten ist, wenn es gilt auswärts zu fahren, so mühten sie als Sieger heimzukehren.

### Die jährlichen Skimeisterschaften in Falkenstein Bgl. 1928.

Wie vorzulesen, findet der 15. Verbandslauf des Sächsischen Ski-Verbandes am 28. und 29. Januar in Falkenstein i. B. statt. Die Skireinigung e. B. Falkenstein, der vom Kreise Vogtland die Durchführung der Verbandsläufe übertragen worden ist, hat das ihre getan, um einen reibungslosen Verlauf der Veranstaltung zu garantieren. Die Schneesverhältnisse im Wettlaufgelände sind durchaus günstig. Die für die einzelnen Läufe in Aussicht genommenen Strecken wie auch die Schanze in Wilschthal befinden sich in einwandfreiem Zustande, so daß insbesondere beim Sprunglauf auf große Weiten zu rechnen ist. Wie sich bei der am Mittwoch abend vorgenommenen Auslosung der Läufer ergeben hat, sind die Rennungen sehr zahlreich eingelaufen. So sind genannt zum Laufe der Jungmannen und der Reichswehr und Polizei 37 Läufer, zum Laufe der Klassen 1 und 2 sowie der Altersklassen 80 Läufer. Beim Mannschafslauf kreuzen 12 Mannschaften um den Sieg. Für den Damenlauf sind 20 Meldungen eingegangen und für den Geländelauf 60 Meldungen. Am Sprunglauf, der am Sonntag nachmittags 1.30 Uhr an der Wilschthalchänge stattfindet, nehmen nach den eingegangenen Meldungen 78 Springer teil. Unter den Springern befinden sich solche aus Oesterreich, Bayern und Kormwegen. Dah natürlich auch die bekannten Läufer unserer engeren Heimat an dem Springen teilnehmen, ist selbstverständlich. Wir finden aber auch weiter unter ihnen drei sächsische Meister: Simon, Scheerbaum und Derberger. Bei dieser starken Konkurrenz sind bedeutende Leistungen zu erwarten. Auf die von der Reichseisenbahndirektion Dresden eingelegten Sonderzüge wird nochmals hingewiesen.

Am 12. Februar wird in Uttenberg die Sächs. Staffelmesterschaft ausgetragen.

### Das Kreiswintertreffen der Sachsenturner in Oberwiesenthal.

Sachsenturner erhoffen Schnee, viel Schnee, denn sie wollen am 5. Februar ihr 1. Kreiswintertreffen im höchsten Ortsgebietsgehöhen Oberwiesenthal zur Austragung bringen. Nachdem der Turnkreis Sachsen der Deutschen Turnerschaft, der in Oberwiesenthal sein geräumiges, herrliches Kreisheim besitzt, Ende Dezember und Anfang Januar zwei Verbränge im Schneelauf unter Leitung seines Kreisvorsitzenden Eugen Walter aus Galtür in Tirol durchgeführt hat, rühten die Turnerschüler auf ihr Kreiswintertreffen. Sonnabend, den 4. Februar, ist ein geschlossener Anmarsch der Teilnehmer in Form eines Sternlaufes geplant. Abends findet dann noch eine Kampfrichterübung im Kreisheim statt. Der Sonntag gilt den Wettläufen. Ausgeschrieben sind Langläufe über 12 und 4 Kilometer, ein Mannschafslauf über 4 Kilometer, ein Sprunglauf und Schneeschuhsport. Für Turnerinnen ist ein Punktlauf, eine Schuhsport nach Zeit und ein Mannschafslauf vorgesehen. Auch der Eislauf wird zu seinem Rechte kommen. Die herrliche und einwandfreie Eisbahn unmittelbar vor dem Kreisheim ist für Punktläufe zu Paaren und allein und zu Schnellläufen recht geeignet. Am Sonntag abend findet nach den Einzelveranstaltungen eine schlichte Feierabendfeier im Kreisheim statt. Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen, sowie die Kampfrichter, werden im Kreisheim Unterkunft erhalten.

### Pandel und Wollwattmatt.

Eine Restamekrabe auf der Leipziger Frühjahrsmesse. Auf der am 4. März beginnenden Leipziger Frühjahrsmesse wird zum ersten Male der Pian Restamekrabe verwirklicht werden, und zwar wird die Straße, die vom Hauptbahnhof über den Trübbling zum Ring-Mühlhaus führt zu einer „Straße der Restame“ ausgebaut. In der 400 Meter langen und lebhaften Restamekrabe wird für einen allerhand Gelegenheiten geboten werden, durch Oberläden, Stoffläden, Restamebauten und in anderer Form Propaganda für ihre Erzeugnisse in einer Weise zu machen, die die Aufmerksamkeit der Messebesucher erweckt.

Das Ausland als Aussteller auf der Leipziger Messe. Von den beiden Leipziger Messen, der Frühjahrs- und Herbstmesse, wird die erstgenannte durch das Ausland am häufigsten besucht, und zwar gilt das für die Aussteller wie für die Einkäufer. Auf der Leipziger Frühjahrsmesse, die vom 4. bis 10. März stattfindet, wird sich abermals eine Erhöhung der Teilnahme von Ausländern an der Messe gegenüber dem Vorjahr feststellen lassen.

An der Berliner Börse war das Geschäft am Effektenmarkt am Donnerstag sehr still, und die Kurse schwächten sich auf fast allen Gebieten ab. Am Rentenmarkt notierten Kollisionsanleihe 1 5/8, II 5/8, Neubesthanleihe 10/8 und Schutzgebietsanleihe 8/8. Von den Bankrenten verloren Berliner Handelsanleihe 2/8, Darmstädter Bank 1 1/2 Prozent, die übrigen Werte etwa 1/8 Prozent. Von den Verkehrswerten verloren Kanada 3/8 Prozent, Schiffahrtswerte 1 bis 2 Prozent nachgeben. Von den Montanwerten verloren Goels 3/8 Prozent, die übrigen Werte durchschnittlich 1/8 bis 2/8 Prozent. Railwerte waren ziemlich gut gehalten. Von den chemischen Werten verloren die Aktien der Farbenindustrie 2/8 Prozent. Von den Elektrowerten verloren AEG 1 1/2 Prozent, Maschinen 3/8 Prozent, Maschinen- und Motorwerte mußten durchschnittlich 1 1/2—2 Prozent nachgeben. Nur Ludwig Löwe waren etwas fester. Von den sonstigen Werten verloren Neuberger 2/8 Prozent und Vereinigte Glasstoff 4 1/2 Prozent. Der Satz für tägliches Geld war 4—6 Prozent, für Monatsgeld 7 1/2—8 1/2 Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert.

Beleihung langfristiger Schuldverschreibungen des Reichs im Lombardverkehr der Reichsbank. Nach § 21 Abs. 3 letzter Absatz des Bankgesetzes vom 30. August 1924 ist die Beleihung langfristiger Schuldverschreibungen des Reichs durch die Reichsbank unter der Bedingung gestattet, daß für die Darlehen zwei Verpfändungen gehalten werden, von denen einer eine Bankfirma sein muß, die in Deutschland Niederlassung besitzt. Nunmehr ist unter der Führung der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft eine Genossenschaft von Banken gebildet worden, deren Mitglieder sich bereit erklärt haben, die nach dem Bankgesetz erforderliche zusätzliche Verpfändung provisorisch für den Darlehensnehmer zu übernehmen. Außerdem werden die Darlehensnehmer, die von dieser Einrichtung Gebrauch machen, zu einer etwaigen Stempelpllicht der Verpfändungsurkunde nicht herangezogen werden. Der Darlehensnehmer braucht mit der Bank, die die Garantie für das betreffende Darlehen übernimmt, nicht in Verbindung zu treten. Er wendet sich, ebenso wie bei der Beleihung anderer Wertpapiere, lediglich an die für ihn zuständige Reichsbankfiliale, wo er jede gewünschte Auskunft erhält und die erforderlichen Räumlichkeiten sofort erfüllen kann. Die Auszahlung der Darlehenssumme wird durch die Einholung der Verpfändung nicht aufgeschoben. Von den langfristigen Schuldverschreibungen des Reichs sind im Lombardverkehr mit der Reichsbank zur Zeit auszulassen: Anleiheabfindungsschuld des Deutschen Reichs mit Pfandlosungschein, 6 Prozent Deutsche Reichsanleihe von 1927 und 6 1/2 Prozent Schatzanweisungen der Deutschen Reichsbank.

### Marktberichte.

Am 28. Januar. Getreide und Cellulose pro 1000 kg, laut pro 100 kg in Reichsmark. Weizen, märkischer 231—234, pomm. — Roggen, märkischer 234—239, märk. der. neu — Galt. märkischer 202—213, tschech. — Mais, loco Berlin 212—214, Paganon frei Hamburg — Veiensmehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. End (einschließlich über Rogg) 29,75—33,75. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. End 30,75—33,50. Weizenmehl, frei Berlin 16,20. Roggenmehl, fr. Berlin 15,20. Mais 345—350. Leinwand — Viktorien-Werben 50,00—54,00, H. Zeisler-Werben 32,00 5. 35,00. Anterwerken 21,00—22,00. Veluinen 20,00—21,00. Niderböden 20,00—21,00. Widen 21,00—24,00. Lupinen, blaue 14,00—14,75, gelbe 15,50—16,10. Cerradella, neu 21,00—25,00. Napoleons Bafis 38\*, 19,90—20,10. Veluinen Bafis 37\*, 22,00 bis 22,30. Trastafumittel 12,30—12,60. Soda-Extraktions-Ethrat Bafis 45\*, 22,00—22,40. Kartoffelkarton 25,80—24,20.

### Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

Station	Moldau		Eger		Elbe					
	Ra-malf	Ro-dran	Rau-n	Rim-burg	Emas-els	Mit-mit	Zeit-zeit	Wuf-fig	Dres-den	Rieja
26.	+ 7	- 40	+ 8	+ 30	+ 33	- 0	+ 5	+ 80	- 106	- 31
27.	+ 1	- 33	+ 5	+ 26	+ 40	- 0	- 0	+ 28	- 112	- 87

### Städt. Verkehrsbüro Oberwiesenthal i. Erzg. Tel. 335.

### Wetterbericht vom 26. Januar 1928, früh 7 Uhr.

Stadtbereich	Temperatur Cel.	Barometer Stand:	Schnee-höhe	Sport-Verhältnisse	
				St.	Rodel   Eisbahn
Stadtbereich	- 7°	669,7	43 cm	sehr gut	
Fischalberggebiet	- 4°	664,2	67 cm	ausgezeichnet	

Anmerkung: 29. 1. 1928 nachm. 2 Uhr Stürzbrunnent.





**Am tliches.**

**Neuwahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter.**

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat unterm 31. 12. 1927 (S. W. Bl. S. 428) die Wahlordnung für die vorgenannten Wahlen neu erlassen. Gemäß § 6 Abs. 1 dieser Wahlordnung werden nachstehend die wichtigsten Bestimmungen bekannt gemacht.

1. Zu wählen sind für jedes der unterzeichneten Versicherungsämter 6 Versicherungsvertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber und 6 aus dem Kreise der Versicherten und außerdem für jede Gruppe 6 Stellvertreter.

2. Vorklassifikationen sind bis zum 24. Februar d. J. bei den unterzeichneten Versicherungsämtern einzureichen.

3. Erwerbsklassen und Krankenkassen, die außerhalb des Bezirkes der unterzeichneten Versicherungsämter ihren Sitz und im Bezirke der Versicherungsämter mindestens 50 Mitglieder haben (§ 3 Abs. 1 der unten abgedruckten Bestimmungen der Wahlordnung) und sich an der Wahl beteiligen wollen, werden hiermit aufgefordert innerhalb 2 Wochen ihre Beteiligung an der Wahl anzumelden. Dabei ist die Wahl ihrer nach § 3 der Wahlordnung anrechnungsfähigen Mitglieder, sowie der Familien-, Vor- (Namen), der Beruf, der Wohnort und die Wohnung der Wahlberechtigten, getrennt nach Arbeitgebern und Versicherten, mitzuteilen. Von etwaigen späteren Veränderungen, die vor dem Wahltag eintreten, sind die Versicherungsämter unverzüglich zu dementsprechenden.

Das Sachliche Geschäftsblatt, in dem auch die Vorbehalte zur Vorklassifikation und für die Veranlagungen — vergl. § 10 Abs. 1 und 3 der Wahlordnung — zu ersehen sind, kann bei den unterzeichneten Versicherungsämtern und den Gemeindebehörden eingesehen werden.

V. A. Großenhain u. N. N. N., am 27. Jan. 1928.  
Die Amtshauptmannschaft und der Stadtrat als Versicherungsämter.

**Auszug aus der Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter.**

**§ 2.**

**Art der Wahl.**

1) Die Arbeitgebervertreter und die Versichertenvertreter werden in getrennter Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf Grund von Vorklassifikationen mit den Stimmzetteln gewählt, die der Wahlleiter den Wahlberechtigten ausgeben läßt (§ 19 Abs. 1 und 2).

2) Zur Einreichung von Vorklassifikationen sind nur berechtigt (§ 45 Abs. 1 der RVO.)

- a) bei der Wahl der Arbeitgebervertreter: wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern oder Verbände solcher Vereinigungen;
- b) bei der Wahl der Versichertenvertreter: wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern oder Verbände solcher Vereinigungen.

**§ 3.**

**Wahlberechtigung.**

1) Wahlberechtigt sind die Ausschussmitglieder der Krankenkassen, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens fünfzig Mitglieder haben. An der Wahl nehmen ferner die Vorklassifikationsmitglieder der Erwerbsklassen teil, soweit sie im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens fünfzig Mitglieder haben. Die Erwerbsklassen und die Klassen mit dem Sitze außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamtes nehmen an der Wahl nur teil, wenn sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Wahl ihrer Mitglieder in diesem Bezirke nachweisen (§ 42 Abs. 1 der RVO.).

2) Maßgebend ist die Wahl der Mitglieder, deren Beschäftigungsort (§§ 153 bis 156 der RVO.) sich zur Zeit des letzten Jahrtages (§ 393 der RVO.) vor der Feststellung im Bezirke des Versicherungsamtes befindet. Bei Mitgliedern von Erwerbsklassen, bei unständig Beschäftigten (§ 442 der RVO.) und solchen Mitgliedern, die Klassen auf Grund der §§ 176 und 313 der RVO. angehören und einen Beschäftigungsort nicht haben, tritt an Stelle des Beschäftigungsortes der Wohnort. Bei Hausgewerbetreibenden ist der Ort ihrer Betriebsstätte (§ 470 der RVO.), bei den im Wandergewerbebetrieb Beschäftigten der Ort maßgebend, bei dessen Dienststellebehörde der Wandergewerbebescheinigung beantragt worden ist (§ 459 der RVO.).

3) An Stelle der Vertreter der Versicherten im Vorklasse wählen bei den Erwerbsklassen, die örtliche Verwaltungsstellen haben, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamtes zuständigen örtlichen Verwaltungsstellen (§ 42 Abs. 2 der RVO.).

**§ 4. Wählbarkeit.**

1) Wählbar sind nur volljährige Deutsche, die im Bezirke des Versicherungsamtes wohnen oder ihren Betriebsort haben oder beschäftigt werden (§§ 47, 12 der RVO.).

2) Wählbar als Arbeitgebervertreter sind nur Arbeitgeber, die Personen beschäftigen, die nach der Reichsversicherungsordnung versichert sind und ihre besamständigen Betriebsleiter. Den Arbeitgebern werden Versicherte ausgerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungsbeiträge beschäftigen (§ 47 Abs. 2 Satz 2 der RVO.).

3) Wählbar als Versichertenvertreter sind nur Versicherte (§ 47 Abs. 3 Satz 1 der RVO.).

4) Nicht wählbar ist (§ 47 Abs. 1, § 12 Abs. 3 der RVO.)

- 1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bestellung öffentlicher Beamter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist,
- 2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist,
- 5) Die Versicherungsvertreter und ihre Stellvertreter dürfen nicht zugleich besoldete Beamte des Versicherungsamtes, nichtständige Mitglieder des Reichs- oder eines Landesversicherungsamtes, Beisitzer eines Oberversicherungsamtes, oder Versicherungsvertreter bei einem anderen Versicherungsamt sein (§ 41 Abs. 2 der RVO.).

**§ 10.**

**Aufstellung und Einreichung der Vorklassifikationen.**

1) Die Vorklassifikationen sind nach dem als Anlage I beiliegenden Vordruck für jedes Versicherungsamt sowie für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Versicherungsvertreter gesondert aufzustellen und dem Wahlleiter bis zu dem im Wahlaufrufe angegebenen Zeitpunkt einzureichen. Jede Vereinigung und jeder Verband (§ 2 Abs. 2) darf für jede einzelne Wahl, für die sie vorklassifikationsberechtigt ist, nur je eine Vorklassifikation einreichen.

2) In den Vorklassifikationen sind die einzelnen Benannten unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Vor- (Namen) und Zunamen, Alter, Beruf, Wohnort und Wohnung so deutlich zu bezeichnen, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

3) In die Vorklassifikation darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu gegeben hat. Mit der Vorklassifikation sind die Erklärungen der Benannten, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in die Vorklassifikation zustimmen, nach dem als Anlage II beiliegenden Vordruck einzureichen.

**§ 11.**

**Inhalt der Vorklassifikationen.**

1) In jeder Vorklassifikation sollen soweit nach § 4 wählbare Personen benannt werden, wie Versicherungsvertreter und Stellvertreter nach dem Wahlaufrufe insofern zu wählen sind. Die aus dem Kreise der Arbeitgeber und die aus dem Kreise der Versicherten Benannten sollen mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt sein (§ 48 der RVO.).

2) Unter den Benannten einer jeden Gruppe sollen die hauptsächlichsten Erwerbszweige, insbesondere die Landwirtschaft und die verschiedenen Teile des Bezirkes des Versicherungsamtes, bei den Versicherten auch die verschiedenen Kreise der Versicherten, vertreten sein. Der Vorsitzende des Versicherungsamtes ordnet an, welcher Teil der vorzuliegenden Personen in der Landwirtschaft beschäftigt sein soll. Er kann auch vorschreiben, welche Erwerbszweige und Bezirke besonders zu berücksichtigen sind.

3) Mindestens ein Drittel der Benannten jeder Gruppe soll am Sitze des Versicherungsamtes selbst oder nicht über sechs Kilometer, bei den Amtshauptmannschaften Dresden, Leipzig und Chemnitz nicht über zehn Kilometer von der Mitte der Stadt entfernt wohnen, in der das Versicherungsamt seinen Sitz hat (§ 47 der Verordnung über die Versicherungsbehörden im Sinne der Reichsversicherungsordnung vom 25. Juni 1912, GVOBl. S. 329).

**§ 12.**

**Unzulässigkeit verbundener Vorklassifikationen.**  
Die Verbindung mehrerer Vorklassifikationen in der Weise, daß sie anderen Vorklassifikationen gegenüber als eine einzige Liste gelten, ist unzulässig.

**§ 13.**

**Unterscheidung und Kennwort der Vorklassifikationen.**  
1) Die Vorklassifikationen müssen unter Angabe des Namens der Vereinigung oder des Verbandes von den Personen unterschrieben sein, denen die Vertretung der Vereinigung oder des Verbandes zusteht.

2) Jede Vorklassifikation soll mit einem Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Vorklassifikationen deutlich unterscheidet. Trägt eine Vorklassifikation kein Kennwort, so gilt der Name des darin an erster Stelle Benannten als Kennwort der Vorklassifikation.

Auf Blatt 11 des hiesigen Genossenschafts-Zentralblattes, betr. die Landwirtschaftliche Genossenschaft, eingetragen Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Strehla, ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. Dezember 1927 ist § 8 des Statuts geändert worden. Die Gesamtsumme jedes Genossen beträgt dreihundert Reichsmark für jeden Geschäftsanteil.  
Amtsgericht Niesitz, den 26. Januar 1928.

Sonnabend, den 28. Januar 1928, vormittags 10 Uhr, sollen im Verteilungsraum 3 Warenkörbe, 1 Badentafel, 3 große Spiegele, 1 Bett, 1 Chaiselongue, 1 Sessel, 1 Schlafkubel (bestehend aus 1 Schrank, 2 Bettstellen, 1 Waschkommode und 2 Nachtschränken), 1 Küchenbänke, 1 Bank, 1 Handtuchhalter, 1 Küchenschrank, 1 Schaukasten, 1 gelbe Badkommode mit Marmorplatte, 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 1 Schreibtischsessel, 1 Kleiderkasten und versch. a. versteigert werden.  
Niesitz, am 27. Januar 1928.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

**Freibank Seerhausen.**  
Sonnabend nachm. 3 Uhr freies Schachturnier.

**Brennholz-Versteigerung**  
auf Revier Dürrenberg.

Am Sonnabend, den 28. d. M., sollen von vorm. 10 Uhr an ca. 50 Hm. Holz, Scheite, Kloben, Rollen, Reisig, Klobschläg öffentlich meistbietend versteigert werden.  
Sammeln: Im Schlag in Hdt. 9.  
Die Forstverwaltung.

**Leeres Zimmer**

i. Gewerberaum mit Licht a. m. gesucht. Off. u. R 974 an das Tageblatt Niesitz.

**Möbl. Zimmer zu vermieten.**

An erst. im Tagebl. Niesitz.

**Möbl. Zimmer**

in best. Lage, Nähe Hauptplatz 10. frel. Off. erb. u. U 976 a. d. Tagebl. Niesitz.

**Einw. Mädchen, 21 Jhr.**

alt, 6000 Mt. Barvermögen, wünscht Bekanntschaft eines lina. Beamten od. Ähnl.

**zwecks Heirat.**

Vermittler verbeten. Zuschriften erbet. unt. V 977 an das Tageblatt Niesitz.

**Zuverlässiges, ehrliches Mädchen**

nicht unter 18 Jahren, am 15. Februar oder 1. März in Vestbauhaft a. e. u. d. Gewerben unter W 978 an das Tageblatt Niesitz.

**Allgäuer Käsegroßhandlung**

mit eigener Fabrikation sucht zum Vertrieb ihrer Erzeugnisse seriöse

**Reisevertreter.**

Angeb. unt. M. N. 3547 bef. Rudolf Woffe, München.



Boten für groß und klein, Decken, Matratzen große Ausstellung in unserem Seltengebäude



Das gute Einkaufshaus für Stadt und Land

**Gefäßfließ und gewollt**

Druckfächer aller Art werden bei sauberster u. geschmackvoller Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von Tageblatt-Druckerei Niesitz, Goethestr. 59

**Jg. Bäcker**

wird für sofort a. e. u. d. Otto Heyner Niesitz d. Heiern a. G.

**Abonnenten-Sammler und Sammlerinnen**

finden dauernde Beschäftigung gegen hohe Provision.

**Johannes Ziller**

Buchhandlung Niesitz, Hauptstr. 55.

Guterh. Kindertwagen billig zu verkaufen Zeitbain, Pichtenfer Str. 9.

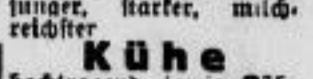
Weder. Kindertwagen und Waschmaschine billig zu verk. Albertstr. 8, ptr.

Ein großer Transport junger, harter, milchreicher



**Kühe**  
hochtragend, sowie Kühe mit Kalbern, wobei Jungkühe, ist einzeln oder meist preiswert z. Verkauf.

**Emil Eberhardt**  
Bahnhof Wülknitz  
Telefon Gröbn 70.



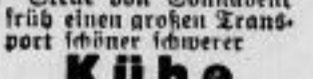
Stelle von Sonnabend früh einen großen Transport schöner schwarzer

**Kühe**  
hochtragend und mit Kalbern, wobei sichere Zug- u. Reinkühe, sehr preiswert zum Verkauf.

**Arthur Thielemann**  
Viehhandlung Stolzenhain Gröbn i. G.  
Fernruf Nr. 10.

Ein mitteljähriges

**Arbeitspferd**  
zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unt. A 980 an das Tageblatt Niesitz.



**Läufer-schweine**  
verkauft in großer Auswahl

**Dstar Sieger, Bodro**  
Telefon Niesitz 749.

**Das Rindhorn-Tageblatt**

ist die älteste, größte und verbreitetste Zeitung am Platze.

Nummern mit insgesamt

**26** im Monat Dezember **428** Seiten.

**Inserate** finden größte Beachtung und haben besten Erfolg.



### Politische Tagesübersicht.

Die Beschlüsse über die in der Angelegenheit des Massenmordes ein. Nach Berichten des Daily Telegraph hat die Mehrheit der Großmächte, nämlich Großbritannien, Deutschland und Italien, die Kleine Entente veranlaßt, in der Angelegenheit des Massenmordes in Syrien Unterstützung zu erteilen. Frankreich habe sich jedoch nicht dazu bewegen lassen, in Prag und Belgrad entsprechende Vorstellungen zu machen. Es bleibe daher unklar, ob die Kleine Entente ihre geplante Demarche in Genf unternehmen oder sich auf einen milder gehaltenen Protest beschränken werde.

Eine italienische Spionageorganisation in Ostböhmen aufgedeckt. Wie aus Ostböhmen gemeldet wird, soll dort eine große Spionageorganisation zugunsten Italiens aufgedeckt worden sein. Ein Mitglied der faschistischen Organisation Orjuna, ein Kaufmann Perio aus Ostböhmen, wurde im Zusammenhang mit dieser Affäre verhaftet. Die Untersuchung wird geheim gehalten.

Der Tempel und das deutsche Wehrbudget. Der Tempel hatte vor kurzem dem Reichswehrbudget einen längeren Kuss gewidmet, indem er aus der Ausgabenmehrbildung auf die Bekämpfung der verarmten Berliner Stellen sprach, die Reichswehr über das Maß der im Berliner Vertrag getroffenen Bestimmungen auszuhebeln. Heute steht sich das Blatt gewunden, seine damalige Feststellung, Deutschland gebe für das Heer 4200 Millionen Franken aus, während das französische Wehrbudget sich nur auf insgesamt 6,7 Milliarden Franken belaufe, dahin richtig zu stellen, daß diese Ausgaben für die Reichswehr und die deutsche Marine gelten. Das Blatt glaubt jedoch auch weiterhin von einer Verschärfung des deutschen Wehrbudgets sprechen zu müssen. Es fügt die Meinung eines Korrespondenten an, „daß es über die Kommissare der deutschen Presse über ihre Feststellungen auf dem laufenden bleibt“. Dieser warne davor, dem Wehrbudget in leichtfertiger Weise Glauben zu schenken.

Kommunistisches Mißtrauensvotum gegen Ort. Im Reichstag haben die Kommunisten ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister Ort eingebracht.

Der Inhalt der belgischen Note an Frankreich. Der Eingang der belgischen Note wegen der mit Frankreich gepflogenen Wirtschaftsverhandlungen wird am Qual d'Orsay nunmehr bekannt. Die Note enthält eine Aufzählung der bisherigen Verhandlungen, sowie die letzten bereits mündlich vorgetragenen belgischen Forderungen. Wie verlautet, betreffen wegen gewisser Artikel noch einige Schwierigkeiten; man hofft aber, in der einen oder anderen Form ein Kompromiß schließen zu können.

Zentrumsantrag zur Verwaltungsreform. Das Zentrum hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der unter Bezugnahme auf die Ministerpräsidenten-Konferenz bei der Reichsregierung die Durchführung von

Reformen auf dem Gebiete der Staatsverwaltung verlangt. Das Staatsministerium soll in kürzester Frist dem Landtag eine Vorlage unterbreiten, die eine entsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden, eine zweckmäßige Abgrenzung der preussischen Verwaltungsbezirke, eine den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werdende Vereinfachung des Instanzenzuges, sowie die Beseitigung von überflüssigen Behörden und schließlich eine Möglichkeit zur Beseitigung der zahlreichen im preussischen Staatsgebiet liegenden Enklaven enthält.

Der preussische Staatsrat lehnt die Senkung der Grundsteuer ab. Der Preussische Staatsrat beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf, der das gegenwärtig gültige Grundvermögensteuer-Gesetz bis zum 31. März 1929 verlängern will. Dazu lag ein Antrag der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft vor, die staatliche Grundvermögensteuer im Jahre 1928 um ein Drittel zu senken. Nach längerer Debatte, in der auch ein Vertreter der Staatsregierung um Ablehnung dieses Antrages gebeten hatte, weil seine Möglichkeit der Deckung des sonst entstehenden Einnahmefehlers von 75 Millionen RM. vorhanden sei, wurde der Antrag abgelehnt. Dagegen fand ein demokratisch-sozialdemokratischer Antrag Annahme, worin die Notlage der Landwirtschaft anerkannt und die Staatsregierung ersucht wird, im Einklang mit der Reichsregierung durch Reichsmittel ausreichende Hilfe für die Landwirtschaft beschleunigt herbeizuführen. Der Verlängerung der bisherigen Grundvermögensteuer wurde zugestimmt.

Wieder kommunistische Proklamationen in Rom. Dort sind erneut etwa 40 kommunistische Aufrufe in lateinischer Sprache gefunden worden. Die Verteilung kommunistischer Aufrufe in Italien beginnt allmählich überhand zu nehmen, ohne daß es einmündig der lateinischen Polizei gelänge, die Verbreiter dingfest zu machen.

Gemeinschaftsamt für Speisefaktoren in Sibirien. Der Amtsbürgermeister von Bozen hat festgestellt, daß in den Hotels und Gasthöfen Speisefaktoren ausliegen, die nicht in korrekter Hygiene abgefahrt sind. Er teilte allen Gastwirten mit, daß sie durch ein Dekret des Präfecten verpflichtet seien, die Speisefaktoren bei Strafvermeidung täglich der Behörde zur Genehmigung vorzulegen. Diese Verordnung gilt für ganz Südtirol.

### Vorträge auf der Grünen Woche.

Zur Preisbildung in der Landwirtschaft.

Hd. Dresden. Dr. A. Schindler vom Deutschen Landwirtschaftsrat in Berlin, der die Frage behandelte: „Wie kann der Landwirt die Preisbildung in seiner Erzeugnisse beeinflussen?“ hob zu Beginn seiner Ausführungen zunächst hervor, daß dieses Gebiet vielfach vernachlässigt sei, obwohl seine Kenntnis für den Landwirt einen ungeschätzten Nutzen

bedeute. Denn eine Erhöhung seiner Einnahmen sei nur möglich durch die Erzielung höherer Preise für seine Erzeugnisse. Zwar bilde der Landwirt nicht die Preise, er erhalte sie vielmehr von Kreisen, auf die er keinerlei Einfluß habe, z. B. von der Produzentenbörse, den Handelsvereinigungen. Das Beispiel der amerikanischen Landwirte aber zeige, daß es trotzdem möglich sei, bestimmenden Einfluß auf die Preisbildung zu gewinnen. Da nämlich nicht das tatsächliche Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage den Preis bestimme, sondern die Meinung über kommende Marktsituationen, so habe der Landwirt hierin ein Mittel, in die Preisregulierung einzugreifen. Dabei komme ihm die moderne Funktechnik sehr zugute, indem sie ihn schnellstens und genau über die Marktpreise unterrichte und ihn über die Notierungen und Schwankungen an der Börse informiere. Darüber hinaus aber müsse der Landwirt auch seinen Absatz nach eigener Entscheidung regeln, d. h. er müsse abwägen, ob er früher oder später verkaufe. Eine weitere Forderung des Landwirts erstreckte sich auf die Notierung der Qualitätsarten. Für den Zeitpunkt des Verkaufens ließen sich keine einheitlichen Regeln aufstellen, Kaufsumme und Preise aber lieferten ihm die Unterlagen auf Grund deren er die für ihn günstigsten Verkaufspunkte ausfinden könne. Die Marktberichterstattung des Landwirtschaftsrates wirke mit ihren auf objektiver Ermittlung aufbauten Bekanntmachungen häufig preisbildend. Bei dieser Unterlagen habe, gewinne aus ihnen ein wirkliches Bild der Lage und erhöhe die Sicherheit seiner Berechnungen

### Die Bodenständigkeit des Kalbszüchters.

In der Versammlung des Landesverbandes sächsischer Pflanzzüchter sprach Landesmetar Manitius (Künzler) über „Bodenständigkeit besonders in der Kalbszucht“. Er erläuterte die Entwicklung der Kalbszucht in Teutschland und betonte, daß der eigentliche Träger der bodenständigen Zucht ein möglichst ausgeglichenes Stutenmaterial sei. Bei der Zucht der Fohlen müsse dem Weidengang der jungen Tiere die größte Beachtung geschenkt werden. Der Zusammenschluß der Züchter garantiere am ehesten die Erreichung eines bodenständigen, einheitlichen und schlagengemäßen Landesauszuges. Die staatliche Demarkation könne nicht entbehrt werden, doch müsse ein Zusammenarbeiten mit den Privatbesitzhaltern überall anstrebt werden. Nur Tiere mit geeigneter und unbekannter Abstammung sollten als Stute angeführt werden. Gerade in der letzten Zeit sei die Nachfrage nach Fohlen wieder gestiegen, deswegen könne die Zucht eines einwandfreien Materials nur empfohlen werden.

### Tagesfragen der sächsischen Schafzucht.

Innerhalb der Grünen Woche hält auch der Landesverband sächsischer Schafzüchter seine Hauptversammlung ab. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß dem Verband jetzt 96 Herden mit 20.000 Stück anhängen. Die säch-

Sonnabend, 11. Februar, im Hotel Stern  
Rokkumfest des Hl. Zurn. Niesl (S. Z.)

## „Ein Oktoberfest in München“

Altbekannte Lebenswerte Gaaldeforation  
Startbefekte schneidige Musikkapelle.

### Zwei Testamente.

Roman von F. Stolz.

7. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Erstaukt blühte der Häuptling ihn an und entgegnete: „Weberlege dir wohl, was du tust. Bist du mir dein Wort nicht, so muß ich dich so fesseln, daß du nicht entfliehen kannst. Ich muß dir dein Geld, deine Waffen, alles nehmen, was dir die Flucht ermöglichen könnte. Und wenn es dir trotzdem gelingt, zu entfliehen, muß ich dich verfolgen und niederstrecken oder wieder gefangen nehmen. Dann aber werde ich dich, damit du den Fluchtversuch nicht wiederholen kannst, in den eisernen Käfig stecken und mit mir herumführen, in den mein Vater einst seinen verräterischen Neffen einschloß, und in dem dieser bis zu seinem Tode blieb.“

Werner schauderte zusammen. Dann aber hob er das Haupt stolz empor und sagte:

„Tu, was du mußt. Ich werde auch tun, was meine Pflicht ist. Denn vernimm, dieser Jennings ist der Diener meines Vaters, der seinen Schwiegervater, meinen Onkel, ermordet hat, um in den Besitz seines großen Vermögens zu gelangen, das mir zufallen sollte. Ich habe geschworen, meinen Onkel zu rächen. Verstehst du?“

„Ich verstehe und bedaure dich. Ich muß dir nun, wenn wir den Weg antreten, die Füße unter dem Bauche des Pferdes zusammenbinden lassen und zwei meiner Leute werden dir mit geladener Flinte zur Seite reiten. Vernimm aber auch, daß ich jederzeit, wenn du mir den Eid leistest, bereit sein werde, dich als lieben Gast zu behandeln.“

Werner verbeugte sich stumm. Eine halbe Stunde später zogen die Baharus in südlicher Richtung ab, den Gefangenen in ihrer Mitte.

### 13. Kapitel.

Kurt von Born ging mit unruhigen Schritten in dem Garten des Schlosses Hofes auf und ab. Er hatte loben eine lange Depesche von Jennings aus St. Wandalen und war nun völlig zweifelhaft, was er beginnen sollte. In wessen Händen war das Testament? Jemand, welche Schritte gegen Berners Familie zu tun, wenn er nicht sicher wußte, daß das Dokument dadurch in seine Hände gelangte oder vernichtet wurde, schien ihm sehr bedenklich. Er konnte sich nicht verhehlen, daß der Oberst ihn im Verdacht hatte, die Entwendung des einen Exemplars aus seiner Amtsstube veranlaßt zu haben, und wußte nicht, ob nicht deshalb eine geheime polizeiliche Untersuchung gegen ihn im Gange war. Die Indizien waren schwer. Daß nur Bergmann der Täter gewesen sein konnte, war klar. Sein plötzliches, völlig unerklärliches Verschwinden und alle Nebenumstände sprachen laut dafür, und so hatte denn auch die Staatsanwaltschaft einen Steckbrief hinter ihm erteilen. Zu wessen Nutzen der Diebstahl diente, war gleichfalls offenkundig, und der Hauptmann empfand nur zu sehr, daß man dem Verdacht gegen ihn zwar keinen offenen Ausdruck gab, daß man ihn aber nicht, daß das Gespöch stotzte, wenn er in eine Gesellschaft eintrat, und daß man ihn wohl höflich, aber kalt behandelte. Selbst den Tod des Kommerzienrates schien man ihm direkt zur Last zu legen, und wenn auch die Untersuchung der Leiche erwiesen hatte, daß der Dahingegangene eines natürlichen Todes gestorben war, so hatte doch das Verhängnis ihn, der als einziger direkter Verwandter hinter dem Sorge eingebrungen war, mit

Blicken betrachtet, die Klar zeigte, was man von dem sonderbaren Zusammenreffen des Raubes des Testaments und dem Todesfall dachte. Kurt von Born zitterte jetzt vor dem Gedanken, daß sein Vetter mit oder ohne Testament plötzlich auf der Bildfläche erscheinen und ausfragen könnte, was ihm auf der Reise geschehen sei. Er zitterte ebenso vor der Auslage der Familie über das, was sich vor und während ihrer Abreise von Bombay ereignet hatte, er verwünschte seinen Spion und nicht zum wenigsten seine eigene Handlungsweise, die ihn in diese Lage gebracht hatte.

Nein, nein, es war unmöglich für ihn, irgend etwas zu tun, was diese Verdachtgründe bestärken konnte und was er sich früher so einfach und unbedenklich gedacht hatte. Hier stand mehr als Geld auf dem Spiele.

Nachdem der Hauptmann alles für und Wider lange überlegt hatte, kam er endlich auf den Gedanken, daß es das sicherste sein würde, wenn er versuche, sich der Familie bei ihrer Ankunft zu nähern, zu tun, als ob er nichts von den durch Jennings über sie verbreiteten falschen Gerüchten wisse, sie als Verwandte zu begrüßen und in ganz unerschütterlicher Weise in Erfahrung zu bringen, ob sie das Testament mit sich führten. Dann würde er, je nach den Umständen, dieses oder jenes tun. Er sah wohl ein, daß dies nur ein hinausgeschobener Entschluß sei. Aber er fürchtete sich, irgendetwas Schritt zu tun, der die Schwierigkeit seiner Lage vermehren könnte.

Eben, als er diesen Entschluß gefaßt hatte, trat sein Leibdiener ein und überreichte ihm auf einem silbernen Tablett ein elegantes Briefchen, das einen zarten Duft ausströmte. Ein freudiges Aufleuchten lag bei diesem Anblick über sein Gesicht. Hastig zerriß er den Umschlag und las. Der Brief, der in englischer Sprache geschrieben war, lautete:

Mein Vetter!

Roblenz.

Was ist aus Dir geworden, daß Du nichts mehr von Dir hören läßt? Denkst Du nicht mehr an die köstlichen Tage, die wir in Rizza und Monte Carlo verlebten? Bepreche Du mir, als Du mich so plötzlich verlässest, nicht, mich bald von Dir hören zu lassen? Ich habe aus den Zeitungen ersehen, daß Dein alter Schwiegervater, dieser unerträgliche Aneuser und Tugendheld, gestorben ist, und daß Du ihm einen sentimentalsten Nachruf gemeldet hast. Bist Du wirklich so in „Trauer“ versunken, daß Dir Deine Freundin aus dem Gedächtnis geschwunden ist?

Ich konnte es nicht länger ohne Dich aushalten. Ich bin Dir nachgereist und harre hier in „Risien“ sehnsüchtig Deiner. O komm bald zu mir, zu

Deiner Dir ewig treuen  
Cecilia.

Kurt neigte die Hand mit dem Brief nachdenklich sinken. Wie hatte ihm ein Weib so gefallen wie Cecilia und bei dem bloßen Gedanken an sie geriet sein Blut in Wallung. Er hätte nichts lieber getan, als sie zu sich nach Moschorst kommen zu lassen. Aber das war unter den augenblicklichen Verhältnissen undenkbar. Es wäre nicht nur ein öffentlicher Skandal gewesen, woraus er sich wenig gemacht haben würde, sondern die allgemeine Stimmung gegen ihn wäre noch viel bedenklicher geworden. Das einzige Mittel, mit ihr zu verkehren, war, daß er selbst zu ihr hinüberfuhr. Dazu trieb ihn nicht nur die feurige Liebe, obwohl sie an sich groß genug war, sondern vor allem das Bedürfnis nach einer vertrauten Aussprache. Er fühlte sich so vereinsamt und bedurft doch des Rates so sehr. Dielem

Weibe gegenüber glaubte er ganz offen sein zu können. Ihr konnte er sein Herz ausschütten. Sie würde ihm Rat geben. Denn sie war klug, sehr klug. Führten doch gemeinsame Interessen sie beide zusammen. Nicht nur die Leidenschaft verband sie miteinander, sondern auch die Jagd. Sie kannte ihn als freigebig und bereit, jeden ihrer Wünsche zu erfüllen, er kannte sie als schlau und strupellos, reich an geistigen Hilfsmitteln, mit einem Worte, als die Person, die er brauchte. Er war entschlossen. Schnell klingelte er dem Diener, ließ das Automobil fertig machen, klebete sich an und fuhr zur Bahnstation hinunter. Er hatte gerade noch Zeit, sich dort kurz telegraphisch bei Wih Cecilia Warden anzumelden, dann kam der Zug und er rollte seinem Ziele zu.

Warden ging in ihrem Zimmer erwartungsvoll hin und her. Bald trat sie zum Balkon hinaus und blickte über die Kronen der Lorbeerbäume hinweg nach dem Geliebten aus, bald schritt sie wieder zurück und ordnete vor dem Spiegel das von dem über den Rhein herübergehenden weichen Wind in Unordnung gebrachte prachtvolle goldblonde Haar oder zupfte an den lockigen Spitzen des blaß-meergrünen Morgengewandes. Dann schritt sie wieder dem Tische zu, hob das dort liegende Telegramm empor und studierte es zum so und so vielen Male, während ein feines Lächeln über die klassischen Formen des reizvollen Gesichtes flog.

Da tönte das Rollen eines Wagens, der kurz vor dem Hause anhält, zu ihr empor. Schnell eilte sie auf den Balkon und sah eben noch die schlank Gestalt des Erwarteten im Hause verschwinden. Sie trat zurück. Mitten im Zimmer blieb sie stehen, den Blick auf die Tür gerichtet, die links Hand auf die Brust gelegt. Und als Kurt nun hereintrat, und die Tür sich hinter ihm schloß, da leuchteten ihre Augen hell auf und mit dem Jubelrufe „Kurt, Kurt“ eilte sie auf ihn zu und umschlang ihn mit den Armen.

Auch er begrüßte sie nicht minder freudig. Wahrscheinlich, es konnte keinem Zweifel unterliegen, diese beiden Menschen liebten sich. Wachen sie sonst sein, wie sie wollten, diese Leidenschaft war nicht geheuchelt.

Als der erste Rausch vorüber war, nahmen sie auf dem Sofa nebeneinander Platz und es ging, während sie den auf dem Tische stehenden Erfrischungen zusprachen, an einen Austausch der Erlebnisse seit ihrer Trennung. Cecilia hatte wenig zu berichten, Kurt desto mehr. Er mußte weit in die Vergangenheit zurückgreifen, um ihr die neuesten Vorgänge verständlich zu machen. Allerdings versuchte er, sich nach Möglichkeit dabei zu enthalten und andere, besonders auf Jennings, als den schuldigen Teil hinzustellen. Es zeigte sich eben niemand gern, selbst einem Mädchen wie Cecilia gegenüber, als Schurke.

Diese hatte aufmerksam zugehört und nur zuweilen eine Bemerkung oder eine Frage dazwischengeworfen. Wie Kurt geendet hatte, blickte sie eine kurze Zeit überlegend vor sich hin und sagte dann, indem sie die schönen Augen zu ihm aufschlug:

„Kannst du mir den Wortlaut des zweiten Testaments genau angeben?“

Statt der Antwort griff er in die Tasche und zog das Dokument selbst hervor. Cecilia überlegte es schnell, faltete es wieder zusammen und gab es ihm nachdenklich zurück. Dann begann sie:

„Weißt du wohl, mein Freund, daß du diese ganze Sache mit unglaublich plumper Hand angefaßt hast? Der rohe Griff eines Mannes paßt nicht für die Lösung solcher



flische Wollse gute Preise erzielt, auch in der Fleischproduktion sei eine Qualitätsverbesserung erreicht worden. Nach dem für die Schafzucht erfolgreichen Jahre 1927 sei zu erwarten, daß die gute Konjunktur auch fernerhin anhalte.

Prof. Dr. Wolf (Welsch) hielt dann einen Vortrag über „Tagesfragen der schaflichen Schafzucht“. Er verzeichnete zwar trotz der günstigen Woll- und Fleischpreise einen starken Rückgang der Stückzahl der Schafe; Zahlen habe noch 72 000 Stück bei einem Bestand von 4 Millionen in ganz Deutschland. Trotzdem sei die Schafzucht heute rentabler als die Zucht anderer Tiere. Der Konsum von Hammelfleisch müsse gesteigert und eine einwandfreie Qualitätsware auf den Markt gebracht werden. Selbstverständlich müsse für solches erstklassiges Fleisch auch der entsprechende Preis bezahlt werden. Besondere Aufmerksamkeit müsse der Färberei und der Wollreinigung sowie ihrer Bewertung entgegengebracht werden und sich dabei genau über die Vorkonsumierungen informieren. Zahlen habe auf der letzten Auktion hinsichtlich der Preise an der Spitze geschanden.

#### Die biologische Bedeutung des Bauerntums für das deutsche Volk.

Von allgemeinerem Interesse waren die Ausführungen von Dr. Wilhelm Stapel (Hamburg) über das oben bezeichnete Thema. Der Redner ging dabei von der Betrachtungsweise aus, daß das Bauerntum nicht nur wirtschaftlich oder geschichtlich, sondern naturgeschichtlich zu erfassen ist. Dann entwickelte der Redner seine Lehre von der Volksgeschichte. Nicht volkswirtschaftliche oder politische, sondern biologische Vorgänge seien in der Bildung von Volksgeschichten zu erblicken; die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse seien nur Symptome tieferliegender biologischer Vorgänge, die als Volkswachstum und Strukturveränderungen anzusprechen seien. Das Bauerntum stelle die älteste Schicht unseres Volkes in historischer Zeit dar, aus ihm hätten sich die jüngeren Schichtungen — Bürger- und Großbetrieb — im Laufe der Jahrhunderte entwickelt. Dr. Stapel gab dann eine knappe lehrliche Charakteristik des Bauerntums, seiner menschlichen und sozialen Eigenart, ging dann zu Problemen über, die sich aus der Verbindung der historisch ältesten mit der historisch jüngsten Volksschicht ergeben, d. h. zu dem Problem: Bauerntum und moderne Zivilisation. Er skizzierte dann, wie in drei Stadien die Zivilisation auf das Bauerntum eindringe — als Technik, als Konsumismus und als moderne soziale Lebensform — und schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß das deutsche Volk als Ganzes das Bauerntum nicht entraten könne. Ohne freies Bauerntum würden wir zu einem Variatoff mit Variamoral. Deshalb dürfe unsere Politik nicht nach rein individualistischen Werten orientiert werden, sondern sie müsse Grund und Ziel in den biologischen Werten haben. Es sei kein Vorrecht, sondern ein gutes Recht, wenn die generativen Werte und also das Bauerntum unter Diktandierung der weniger wichtigen Dinge erhalten werden.

#### Berichtigung des Rütister-Urteils.

Der (in. (Zeilung). Das Gericht hat jetzt, nachdem der verurteilte Angeklagte Hans Rütister im Herbst vorigen Jahres während des Prozesses verstorben ist, das Urteil gegen ihn fertiggelassen, das nicht weniger als 500 Franken umfaßt. Das Gericht kommt zu dem Schluss, daß Rütister wesentlich milder bestraft worden wäre und daß das Gericht nur auf Geständnisse erkannt hätte, wenn der Hauptangeklagte das Urteil erlitten hätte. Ferner wertete das Gericht das Verhalten des Angeklagten als Verbrechen, doch erblüht das Gericht einen sehr erheblichen Milderungsgrund in dem Verhalten der früheren Staatsbankdirektoren Mübe und Hellwig, die nach Ansicht des Gerichts es Rütister nur aus leichtem gemacht hätten, seine Schwindeln auszuführen. Beide Beamte der Staatsbank hätten es an der in ihrem Amte unerlässlichen Sorgfalt fehlen lassen und so sei auch durch ihr Verschulden die Schuld des Hauptangeklagten immer größer geworden. Weiterhin wurde Rütister vom Gericht zugute gehalten, daß er bei den Geschäften mit der Staatsbank von einer grundtätlich falschen Spekulation ausgegangen sei. Rütister habe, wie das Gericht annimmt, darauf verzichtet, daß die Rentenmarkt innerhalb weniger Monate zerfallen und daß es ihm dann ein Verbrechen sein würde, seine Schulden bei der Zeebehandlung abzudecken.

Auch die übrigen Angeklagten sind in dem zweiten Urteil besser aufgenommen, so wurde der Angeklagte Kaufmann Grieser, der frühere Direktor der Mechanischen Treibriemenfabrik in Tempelhof gänzlich freigesprochen, während der älteste Sohn Rütisters, Alexander Rütister, anstatt sechs Monate Gefängnis drei Monate Gefängnis erlitt. Wegen dieses Urteils hat Alexander Rütister Revision eingelegt, jedoch nunmehr auch das Reichs-

gericht die dritte Instanz nur mit dem Fall des verstorbenen Rütister wird belassen müssen.

#### Gerichtssaal.

Das Schwurgericht Dresden wird nach den bisherigen Dispositionen voraussichtlich am 20. Februar zur ersten diesjährigen Tagung zusammentreten. Die zur Aburteilung angelegten Strafsachen dürften 6 bis 8 Sitzungen in Anspruch nehmen. Zum Vorsitzenden des Schwurgerichts Dresden für das Geschäftsjahr 1928 wurde (wie bereits mitgeteilt) Landgerichtsdirektor Dr. Noth ernannt.

Ein weiteres gerichtliches Nachspiel betreffend die Unregelmäßigkeiten in der Gemeindegrenzlinie Schren, Meibach mußten sich die gerichtlichen Instanzen, wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, mit Unregelmäßigkeiten in der Grenzlinie Schren befassen, die zur Bestrafung der Beteiligten und auch zur Amtsenthebung des Bürgermeisters Wolfmann führten. Die Unregelmäßigkeiten bestanden in recht bedeutenden Kreditrückstellungen. Am Donnerstag kamen diese Dinge nochmals mit zur Erörterung in einer Verhandlung vor dem Gemeindefiskus Schren Dresden, die sich gegen den 1902 zu Schierich gehörenden, hiesig auch mobiltanten Kaufmann und Verbandsführer Edwin Erich Wolf richtete, der seinerzeit im Jahre 1925 auch zu den Kreditrückstellungen gehörte und der die Grenzlinie Schren eine Anzahl Wechsel zur Disposition übergeben hatte, die mit gefälschten Unterschriften versehen war. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen. Das Gericht mußte deshalb verschiedene Fragen aus seiner Beobachtung vernehmen. Soweit die Schuld als erwiesen galt, wurden 3 Monate 2 Wochen Gefängnis ausgemessen und hierauf ein Gerichtsbeschluss verhängt, nach dem Wolf einen Monat der erkannten Strafe zu verbüßen hat, während ihm für den Rest eine 3jährige Bewährungsfrist zubestimmt wurde.

# Wer seine Lager räumen will muß jetzt fleißig im Riesaer Tageblatt inserieren.

Anoten, die nur der zarte Finger eines Weibes entwirren kann. Hastest du mir dein Vertrauen geschenkt, als du in Monte Carlo Abschied von mir nahmst, alles wäre anders gekommen."

Kurt's Gesicht färbte sich rot bei dem Tadel seiner Geliebten und man hörte es seiner Stimme an, daß er sich verliert fühlte, als er erwiderte:

"So? Worin habe ich denn die plumpe Hand und den rohen Griff betätigt?"

"Irrhabe dich nicht, Kurt," entgegnete sie ruhig. "So nach ihr Männer es alle. Sie greift ihr zur offenen Gewalt, wo ein Weib im geheimen gewirkt haben würde."

"Tadeln ist leicht, besser machen schwer!" grüßte Kurt. "So sage doch, wie ich es hätte anstellen sollen!"

"Der alte Herr durfte nicht sterben, ohne daß ein zärtlicher äußerer Grund dafür vorlag. Es hatte nie der Verdacht einer geistigen Störung gegen ihn vorgelegen. Ihm nun einen Irrenarzt ins Haus schleppen, ließ doch die Absicht zu sehr zu erkennen geben. Und das Zusammenreffen dieses Vorganges mit dem unglaublich plump in Szene gesetzten Diebstahl des zweiten Testamentes mußte dem Falle den Boden ausschlagen."

"Du hast gut reden. Mein Schwiegervater mußte unglücklich gemacht werden, und das Testament mußte verschwinden."

"Ich gebe beides zu, immer unter der Voraussetzung, daß der alte Herr nicht zu bewegen war, noch ein drittes Testament zu deinen Gunsten aufzulegen, was bei richtiger Behandlungsweise vielleicht nicht so unmöglich gewesen wäre. Jedenfalls war aber der Diebstahl des Testamentes ein echter Schwabenstreich."

"Weshalb?"

"Weil auch der Vertrauensvolle mit Händen greifen konnte, daß Bergmann ihn ausgeführt hatte und daß er von dir dazu angestiftet war."

"O du Kindschopf! Statt das Dokument zu stehlen, mußte man dafür sorgen, daß es verbrannte."

"Allerdings hätte man die Amtsstube in Brand stecken können. Aber das würde, wie ich fürchte, ebenfalls nur zur Last gelegt worden sein."

"Freilich, wenn nur die Amtsstube gebrannt hätte, aber nicht, wenn das ganze Schloß Lichtstern in Flammen aufgegangen wäre."

"Wahrhaftig, Cecily," rief Kurt, erregt aufspringend. "du bist ein großartiges Frauenzimmer! Aber da wäre doch noch immer der Alte geblieben!"

"Ich sollte meinen," erwiderte sie kalt, "niemand würde sich gewundert haben, wenn er infolge dieser ihm geschickt beigebrachten Nachricht einen 'Schlaganfall' bekommen hätte."

Sie betonte das Wort 'Schlaganfall' in eigentümlicher Weise. Kurt blickte das schöne Weib mit einer mit Grauen gemischten Bewunderung an und rief:

"Wahrhaftig, du bist mir über! Und obenein wäre die ganze Schloß spielend leicht zu machen gewesen. Schloß Lichtstern ist eine uralte Fachwerkbauweise, freilich mit den schönsten Schnitzereien, aber durch und durch ausgetrocknet, und die große Scheune stößt unmittelbar an die Amtsstube. Wenn dann der Brand in der Mitte der Nacht ausgebrochen wäre, und zur Vorfrage noch der Schlüssel zur Amtsstube verlegt gewesen wäre — mir schwindelt! Wer Menschenleben hätte es kosten können. Die ganze Familie schläft im Oberstod."

"Solche Rücksichten," entgegnete Cecily, "dürfen nicht im Wege stehen, wo auf andere Weise der Zweck nicht ebensogut zu erreichen ist. Es nützt jetzt aber nichts, zu überlegen, was man hätte tun können. Du hast gehandelt, und dein Handeln hat wenigstens den einen Vorzug gehabt, daß wir wissen, was das zweite Testament eigentlich enthält."

Jetzt kommt es darauf an, zu wissen, was nun geschehen soll. Du bist völlig im Zweifel, wo das Duplikat des zweiten Testamentes eigentlich ist, ob Frau Werner es auf dem Dampfer mit sich führt, oder ob Herr Werner es in Berlin irgendwo versteckt hat. Es ist sogar möglich, daß eine behördlich beglaubigte Kopie sonst noch irgendwo zum Vorschein kommt. Wir müssen also damit rechnen, daß ein Exemplar allen Bemühungen deines wertigen Jennings zum Trotz doch irgendwo auftaucht. Nicht wahr?"

"Ich möchte versuchen, die Familie bei ihrem Eintreffen in Europa irgendwo abzufassen, festzustellen, ob sie das Testament in Händen hat, und dann zu versuchen..."

"Es zu stehlen oder sonst eine Katastrophe herbeizuführen? Nichts da, lieber Freund! Solche Gewaltmittel kann dein etwas wackelig gewordener Ruf nicht mehr tragen. Wir müssen versuchen, dich auf Grund des zweiten Testamentes zum Universalerben zu machen."

Wie elektrifiziert sprang Kurt auf.

"Das heißt du für möglich, Teufelsmadel?" rief er. "Benignitäts nicht für unmöglich," entgegnete Cecily ruhig. "Erinnere dich, daß in dem Testament das Verhandselbst legitimierter Erben zur Bedingung für den Universalerben gemacht ist. Du mußt also sofort alle Schritte zu deiner Verheiratung tun."

"Das ist sehr bald gesagt. Aber angenommen, ich verheirate mich innerhalb der gesetzlich zulässigen Frist, wer steht mir dafür, daß der neuen Ehe mehr Kinder entspringen als meiner ersten?"

"Ich stehe dir dafür, wenn du vernünftig bist."

"Du? Wieso du?"

"Verlaß dich drauf. Wir werden Kinder bekommen."

"Wieso wir? Was redest du für Zeug zusammen?"

"Du wirst mich heiraten."

"Ich dich? Unmöglich!"

"Schweig! Hier gibt es kein Unmöglich. Sei zufrieden, daß du in mir ein Mädchen zur Frau bekommst, das dich liebt, wie du es liebst, und das zugleich klüger ist als du."

"Ich muß mein 'Unmöglich' wiederholen. Ich wäre in der Gesellschaft geachtet!"

"Wenn du mich heiratest, heiratest du in mir nicht eine Witwe Cecily Warden, sondern eine Countess of Hamilton."

"Du führst mich an der Nase herum!"

"Reineswegs. Höre. Achtzehn Jahre alt, sieh ich meinen Eltern mit meinem Gesangslehrer nach Paris davon. Der Schuft hatte mir die Ehe versprochen, war aber, wie sich herausstellte, bereits verheiratet. Da meine Eltern nichts mehr von mir wissen wollten, wechselte ich meinen Namen und half mir in Paris weiter, so gut es ging. Verlaß dich darauf, meine Familie wird zufrieden mit meiner Wahl sein."

"Eine Countess of Hamilton! Das ändert allerdings die Sache! Aber was soll uns die Heirat und der Kindersegnen nützen, da Werners uns auf lange Jahre voraus sind?"

"Falls ihre Ehe gültig ist! Vergiß nicht die Bedingung des Testamentes."

"Hältst du sie wirklich für ungültig? Das ganze von Jennings erfundene Märchen kann doch hier nicht in Betracht kommen."

"Es kann uns aber einen Fingerzeig geben, wie wir zu verfahren haben. Wir müssen sie eben in die Lage bringen, den Beweis für die Gültigkeit anzutreten."

"Das wird ihnen zweifellos leicht werden."

"Wer weiß? Man ist in England leichtgläubiger in solchen Dingen als auf dem Festland. Die kirchliche Trauung genügt, und Blätter aus den Kirchenbüchern oder diese selbst verschwinden leicht."

"Aber das sind doch alles so unbestimmte Dinge!"

Wir wissen ja nicht einmal, wo und wann diese Ehe geschlossen wurde."

"Das in Erfahrung zu bringen, soll meine Sorge sein."

"Von wem aber willst du die nötige Auskunft eingieken? Etwa von Thomson u. Morris? Das dürfte bedenklich sein, da sie in dieser Angelegenheit bereits mißtrauisch geworden sind."

"Ich werde aus der denkbar sichersten Quelle schöpfen. Frau Helen Werner wird mir alle erforderlichen Angaben machen."

"Wie?! Ich verstehe nicht. Du sprichst in Rätseln!"

"Das ist doch einfach genug. Ich werde mich ihr bei ihrer Ankunft in Deutschland als Landsmannin anschließen, ich werde nur ein paar Worte Deutsch radebrechen, sie wird mir Dolmetscherdienste leisten, wir werden, ehe zwölf Stunden vergehen, diese Freundschaft sein, und sie wird mir ganz von selbst alles erzählen, was ich wissen muß."

"Sein ausgedacht," rief Kurt bewundernd. "Aber du vergißt eins: die Frau von Born würde ohne weiteres als die lebenswürdige Landsmannin wiedererkannt werden, die kein Wortchen Deutsch versteht, und die Befreiung der Eintragung ins Kirchenbuch würde plötzlich kein Rätsel mehr sein."

Cecily lachte und klopfte Kurt auf die Schulter.

"Wahrhaftig, du tustest mich schlecht! Ich werde nicht die geringste Ähnlichkeit mit Cecily Warden haben. Mein Haar wird rabenschwarz und glatt anliegend sein. Meine breiten, dunklen Augenbrauen werden über der Nase zusammenstoßen, meine Haut wird bräunlich sein. An Stelle meiner hellen Sopranstimme werde ich eine sanfte, leicht belegte Altstimme haben, statt zweiundzwanzig Jahre werde ich achtunddreißig Jahre alt erscheinen. Ich treue mich schon auf die Komödie!"

"Bei Gott, du bist großartig. Ich hätte dir solche Theaterkünste gar nicht zugetraut!"

"Sagte ich dir nicht, daß ich mir, als mein Verführer mich in Paris verliebte, durchgeholfen hätte, so gut es ging? Ich war alles möglich: ich war lebendes Bild, war Tänzerin und habe auf der Bühne als Schauspielerin Triumphe gefeiert. Aber genug davon. Du wirst jetzt wohl einsehen, daß ich meiner Rolle gewachsen bin, oder zweifelst du noch?"

"Nein, nein, dreimal nein! Was sind wir Männer doch für elende Stümper gegenüber einem solchen, schönen Weib! Du wirst deinen Zweck erreichen und alles erfahren, was uns not tut. Was soll aber dann geschehen?"

"Auch das Weitere nehme ich auf mich. Ich kenne mein Heimatland zur Gänze und werde in einer meinen Erfindungen angemessenen Verkleidung den Ort, die Kirche und, wenn es not tut, auch den Geistlichen auffuchen, um den es sich handelt. Ich behalte mir vor, meine Maßnahmen ganz den Umständen anzupassen. Ein schönes Weib hat Mittel zur Verfügung, die dem klügsten Manne mangeln. Um zum Ziele zu gelangen, würde ich selbst nicht anstehen, den Pastor für mich zu gewinnen."

Kurt runzelte die Stirn. Sie lachte laut auf und rief:

"Mädchen, bist du eifersüchtig? Sei beruhigt, es wird nicht nötig sein. Jetzt aber noch eins und zwar nicht das Unwichtigste: zu dem allem muß ich Geld haben und zwar nicht allzuwenig. Ich halte dich über den Verlauf der Angelegenheit stets auf dem laufenden, während du inzwischen, wie die Spinne im Netz, von Wohlstand aus unauffällig alles beobachtest, was um dich vorgeht."

Als Kurt am nächsten Morgen Robins verließ, war er überzeugt, in Cecily eine Helferin gewonnen zu haben, die ihm den Erfolg fast sicherte. Sie war so reich an Auskünften, daß sie, wenn der eine Weg nicht zum Ziele führte, sofort einen anderen ausfindig zu machen wußte.

Vorfahrung folgt.





**Beförderung in der Reichsmarine.**

Der Kapitän zur See Ing. Paul Berndt ist zum Konteradmiral des Marineingenieurwesens ernannt worden.



**Schlesens neuer Oberpräsident.**

Regierungspräsident Bergemann, Düsseldorf, wird zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien ernannt werden.



**Ein Deutscher — litauischer Minister.**

Zum ersten Male seit ungefähr acht Jahren ist ein Nichtlitauischer Minister geworden. Der deutsche Jurist Magnus, der bereits im Juli 1919 von dem deutsch-litauischen Nationalausschuß als Minister präpariert worden ist, wurde zum Justizminister in dem neuen litauischen Kabinett ernannt.



**Ein vierstöckiges Haus in Kassel zusammengeknallt.**

Vorachtern vormittag stürzte der fast vollendete Fabrikneubau der Karstadt-L.G. in Kassel-Beitenhausen, Seiff-Strasse 48, plötzlich zusammen. Die Ursache der Katastrophe scheint Grundwasserbewegung gewesen zu sein.



**Von der dreijährigen internationalen Sternfahrt nach Monte Carlo.**

Die Gewinnerin des Damenpreises: die Französin, Bron Verignon, neben ihrem Laibot-Wagen.

### Rundgebung des deutschen Gartenbaues.

Berlin. (Zuntpruch.) Der Reichverband des deutschen Gartenbaues veranstaltete heute vormittag im Reichswirtschaftsrat eine Rundgebung, in der unter anderem Vertreter des Reichs- und Staatsministeriums, Reichstagspräsident Lohse, Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsfinanzministeriums anwesend waren.

Nach einer Begrüßungsansprache des Präsidenten des Reichsverbandes, Gartenbauingenieur W. Schellens-Lübeck, überbrachte Ministerialdirektor Fehling in Vertretung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsfinanzministeriums Grüße und beste Wünsche. Die Reichsregierung sei erwünscht, dem deutschen Gartenbau auch in Zukunft eine angemessene Unterstützung zu teil werden zu lassen. Ein ausreichender Fördersatz sei allerdings die beste Antwort gegen die ausländische Konkurrenz.

Den ersten Vortrag hielt Oberbürgermeister Koch über die Förderung des Gartenbaues durch die Kommunen. Professor Dr. Heideberg-Villnits sprach über das Thema Welche Förderung muß der deutsche Gartenbau von der Wissenschaft verlangen?

### Ein leichter Erdstöß

wurde heute früh gegen 4,15 Uhr in verschiedenen Orten Süddeutschlands, wie Freiburg (Breisgau), Mühlheim und Tonanschieben verspürt. Auch in einigen Orten der Schweiz ist der Erdstöß wahrgenommen worden.

Freiburg. (Zuntpruch.) Nach hier eingegangenen Berichten wurde der Erdstöß auch in Basel um 4,14 Uhr bemerkt. Dabei wurden schwere Gegenstände zum Schwanken und leichtere zum Umfallen gebracht. Dem eigentlichen Stoß war ein drei Sekunden lang dauerndes Beben vorangegangen, wobei ein starkes Säusen in der Luft beobachtet wurde. Auch in Olten im Jura und im Valais wurde der vom dumpfen Rollen begleitete Erdstöß verspürt. Besonders im schweizerischen Jura wurde die wellenartige Erschütterung deutlich wahrgenommen.

### Deutscher Industriellenbesuch in Warschau.

Warschau. (Zuntpruch.) Die zu einem dreitägigen Besuch angekündigte Abordnung führender Persönlichkeiten aus den verschiedenen Zweigen der deutschen Wirtschaft ist heute nach 11 Uhr morgens hier eingetroffen. Am Bahnhof hatten sich zum Empfang der deutsche Gesandte Kautzer und Mitglieder der Gesandtschaft eingefunden.

### 4 Personen mit Gas vergiftet.

Wien. (Zuntpruch.) Der 30-jährige Schaffner der österreichischen Bundesbahnen, Strimach, wurde heute früh in seiner Wohnung in Reichling mit seinen 2 Kindern im Alter von 6 und 3 Jahren, sowie mit einer etwa 25-jährigen Frau, deren Persönlichkeit noch nicht bekannt ist, infolge Leuchtgasvergiftung tot aufgefunden. Die Umstände deuten darauf hin, daß Strimach und die Frau beklommen haben, gemeinsam mit den Kindern in den Tod zu gehen.

### Telephonverkehr Holland—Amerika.

Amsterdam. Wie von der Direktion der Niederländischen Post- und Telegraphenverwaltung bekanntgegeben wird, wird am kommenden Montag der Telephonverkehr zwischen Holland und Amerika eröffnet werden. Von holländischer Seite werden die Städte Amsterdam, Rotterdam und Haag, in Amerika alle Städte der Vereinigten Staaten sowie Kuba angeschlossen sein. Der Preis für einfache Drei-Minuten-Gespräche bewegt sich entsprechend den fünf verschiedenen amerikanischen Zonen zwischen 19,4 Gulden und 227,8 Gulden.

### Deutsche Edelsteine.

Von allen Ländern in der Welt Das deutsche wir am besten gefällt. Es träumt von Gottes Segen; Es hat nicht Gold noch Edelstein, Doch Männer hat es, Korn und Wein, Und Mädchen allerwegen.

Es knist ein deutscher Dichter von seiner Heimat. „Nicht Gold noch Edelstein...“ und doch sog schon in alter Zeit die Germanen die Phönizier aus den unbekanntem Ländern am Strande der Ostsee, wo der hochgeschätzte, von den Griechen „Elektron“ genannte Bernstein gefunden wurde, von dem eine griechische Sage erzählt: Als die Schwärmer Phönizier, die Helladen, den durch Zeus' Blitzstrahl in den Erdhohes gesunkenen Phönix bemerken, wurden sie in Schwärmpapeln und ihre Kränze in Bernstein verandelt.

Auch der griechische Name der Perlen, margarites, wovon der Name Margarete, Perle, Perlechen stammt, deutet auf deutschen Ursprung; denn dieser Name, den Plinius als barbarisch bezeichnet, ist das althochdeutsche mare grion, Meergras oder nach altnordischem griot, Edelstein, Meeredelstein; doch wurden die deutschen Perlen nicht im Meere, sondern in Bächen und Flüssen gefunden, die auch jetzt noch in Bayern und Sachsen solche Muscheln bergen, deren Perlen zwar nicht so schön wie die orientalischen, aber doch blinkend hell und wirkungsvoll sind.

Auch an Gold und Silber fehlt es in Deutschland nicht, doch ist der Ertrag des Bergbaues dieser Edelmetalle im Verhältnis zu dem anderer Länder nur gering. Von den eigentlichen Edelsteinen werden in Deutschland besonders zwei Arten gefunden: Granaten und Achat. Ihre Granaten kommen in Tharandt in Sachsen vor, weshalb dieser Ort früher den Namen „Granata“ führte. Es sind die Karfunkel der Alten und sie werden meist zu Hals- und Armbändern, zu Broschen und Ohrgehängen verwendet. Von Achaten wird der sogenannte Trümmerschatz in einem zertrümmerigen Gange bei dem Dorfe Schottwitz in Sachsen gefunden, dessen zahllose scharfkantige Bruchstücke durch schöne blauen Amethyst wieder zusammengefügt sind. Schöne Achaten werden auch in Oelsen, Kranken, in besonders großer Mannigfaltigkeit in Mandelsteinen bei Oberstein im Rappetal gefunden.

Die Bearbeitung der Achte erfolgt jetzt vorzugsweise in dem zu Oldenburg gehörigen früheren Fürstentum Birkenfeld in den beiden Städten Oberstein und Idar, welche fast die halbe Welt mit Achatwaren versorgen. An zweihundert Schleifmühlen, deren jede vier oder fünf durch Wasserräder bewegte Schleifsteine enthält, sind hier in Tätigkeit und bedingen eine der merkwürdigsten Industrien von Deutschland. Diese Industrie verdankt ihren Ursprung einem Grafen von Nassau, welcher im 15. Jahrhundert in Bologna studierte und die Steinschleiferei dort kennen lernte. Da er wußte, daß die Rabe Achatkugeln mit sich führte, die bis dahin unbeachtet und unbenutzt blieben, unterrichtete er sich genau über das Schleifen und ließ nach seiner Heimkehr mehrere Schleifmühlen an der Rabe anlegen. Solche Mühlen haben einen unheimlichen äußeren Anblick. Bei der Arbeit liegen je zwei Schleifer vor einem Schleifstein, an dem sie die Flächen des Edelsteins abtrottelten. Es ist dies eine außerordentlich beschwerliche Arbeit. Doch wird auch die Kunst geübt, die Achte zu färben. Diese schon den Alten bekannte Kunst beruht auf der Eigenschaft der Achte, daß sie partiellweise eine gewisse Porosität besitzen, die es möglich macht, färbende Substanzen in ihr Inneres zu bringen und sie damit zu durchdringen. Die braunfärbenden Steine tränkt man zunächst einige Wochen lang mit Essigsäure, alsdann wird der ausgelegene Stein durch Kochen mit Schwefelsäure verkohlt, wodurch sich Streifen und Flecken von schön schwarzer oder brauner Farbe erzeugen. Die blaue Farbe der Achte wird durch Beizen mit Fluorborwasser und Kochen in Eisenvitriol hergestellt.

Die wertvollsten Edelsteine Deutschlands sind allerdings noch dem Worte des Dichters keine Männer, sein nahrhaftes Korn, sein erquickender Wein und vor allem die deutschen Frauen mit den treuen, klaren Augen, die der Dichter Heinrich Heine mit den Diamanten und Perlen in eine Reihe stellt. Diese Schätze des Erdinneren mögen sich erschöpfen, diese Edelsteine erzeugen sich immer von neuem und entflammen zum Edelstein.



## Vermischtes.

**Schwere Kesselexplosion im Hafen von Antwerpen.** Am Nord eines im Hafen von Antwerpen vor Unterliegenden Schiffs ereignete sich gestern eine Kesselexplosion, durch die der Kapitän des Schiffes sowie ein Arbeiter getötet und ein weiterer Arbeiter schwer verletzt wurden.

**Raubüberfall auf drei Verkehrsaufmobile in Bulgarien.** Bei Starasagora fielen vorgestern abend acht bewaffnete Banditen innerhalb einer Stunde drei Verkehrsaufmobile an und raubten insgesamt 60 Reisende aus. Sie erbeuteten 80000 Lewa, zündeten ein Auto an und verschwand spurlos.

**Ein verwegenes Räuberstück.** Als der Kaufmann Skowronek in Medar-Nachhammer in der neunten Abendstunde sich mit seiner Frau und fünf Kindern in der Küche befand, öffneten zwei maskierte Männer die Tür und forderten mit vorgehaltenen Revolver Geld. Während der eine Verdächtige in der Küche Wache hielt, ging der andere mit dem Eigentümer in das Geschäftslokal. Eine Brieftasche mit 500 Mark lief den Räubern, die dann unerkannt entliefen, in die Hände.

**Verrat von Fabrikgeheimnissen.** Die Gerlach-Werke A. G. Nordhausen hatten einen Dieselmotor erfunden und hergestellt, der eine Umwälzung in dieser Produktion darstellte. Die beiden Ingenieure, die den neuen Motor erfunden hatten, verließen Ende vorigen Jahres die Gerlach-Werke und nahmen Stellung bei den Kromhout-Werken in Brate, einer Zweigfabrik der Kromhout-Werke in Amsterdam. Bald nach dem Wechsel wurde festgestellt, daß in dem Büro der Ingenieure bei den Gerlach-Werken Zeichnungen usw. fehlten. Die Staatsanwaltschaft ließ daraufhin bei den Werken in Brate eine umfassende Untersuchung ausführen, die den Verdacht des Verrats von Fabrikgeheimnissen vollumfänglich bestätigte. Es wurden mehr als 200 Zeichnungen aus den Gerlach-Werken gefunden. Es steht auch fest, daß die Direktion des Werkes von den Zeichnungen und ihrer Verwendung Kenntnis hat. Die Schuld der beiden Ingenieure ist umso größer, als mit dem ihnen zur Last zu legenden Diebstahl der Fabrikgeheimnisse eine ausländische Firma in Anspruch genommen werden sollte, eine deutsche Firma entscheidend zu schädigen.

**Aufklärung des Diebstahls in der Ungarisch-Slowakischen Bank in Budapest.** Der vor Jahresfrist im Kassenlokal der Ungarisch-Slowakischen Bank verübte Diebstahl mehrerer wertvoller Aktien, darunter auch solcher der Deutsch-Ungarischen Landwirtschaftlichen Aktiengesellschaft, im Gesamtwert von 34000 Bena, hat nunmehr durch Verhaftung des früheren Bankdirektors Windisch seine Aufklärung gefunden. Schon damals richtete sich der Verdacht gegen den kurz zuvor entlassenen Anwalt Windisch. Die polizeiliche Untersuchung konnte jedoch nichts Belastendes zutage fördern. Die Firma ließ indessen den Mann noch weiterhin durch einen Privatdetektiv beobachten, der vor kurzem melden konnte, daß Windisch sich eine neue Schlosserwerkstätte eingerichtet hatte. Auf Grund einer neuerlichen Anzeige nahmen Detektive der Staatspolizei abermals eine Hausdurchsuchung bei Windisch vor, in deren Verlauf unter dem Dachboden eine Kassettenbox vorgefunden wurde, die 20 Stück Aktien der Ungarisch-Slowakischen Landwirtschaftlichen Aktiengesellschaft im Werte von 25000 Bena enthielt. Windisch gab im Kreuzverhör zu, den Diebstahl mit Hilfe eines Nachhilfsklienten ausgeführt und die Aktien in einer Kassettenbox monatlang in der Gepäcksaufbewahrung des Ostbahnhofes versteckt zu haben, bis er seine Entdeckung mehr fürchtete. Der Dieb wurde in Haft genommen. Der Schaden der Bank beläuft sich somit nur auf 10000 Bena.

**Eine Diebin in Männerkleidung.** Aus Rabin wird gemeldet: Seit längerer Zeit wurden auf der Hohen-Grube Diebstähle von wertvollen Metallteilen bemerkt, ohne daß man des Täters habhaft werden konnte. In einer der letzten Nächte gelang es nun dem Wachmann, einen Dieb dabei abzufassen, als er eben im Begriff war, Metallstücke von einer Maschine abzumontieren. Bei der darauf vorgenommenen Vernehmung erklärte er sich heraus, daß es sich um eine Halbenarbeiterin handelte, die Männerkleidung angelegt hatte, um sich ihr Diebstahlhandwerk zu erleichtern.

**Verurteilung eines Bürgermeisters wegen Meineids.** Aus Landsbut a. d. H. wird gemeldet: Das Schwurgericht verurteilte den Landwirt und Bürgermeister Sebastian Holzner von Lichtenhaag wegen eines fortgesetzten Verstoßes des Meineids zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust sowie dauernder Eidesunfähigkeit. Bürgermeister Holzner hatte vor dem Amtsgericht Bilschowitz trotz gegenteiliger Zeugnisse von etwa 50 Zeugen bestritten, daß der Wirt Reichenburger von Lichtenhaag, mit dem er verfeindet war, am Josephstag 1927 mit zahlreichen Gästen die Polizeistunde übertreten habe.

**Freilassung der verhafteten Junken.** Nach einer Zeitungsmeldung hat das in Fulda stehende Militärgericht mitgeteilt, die Untersuchung über den geheimnisvollen Junkenbruch habe die völlige Kostlosigkeit des gegen die fünf Reichswehrangehörigen erhobenen Verdachts ergeben. Die Verhafteten seien bereits wieder in Freiheit gesetzt worden.



wenn Sie die Zustellung des Monats Tagblattes für Februar wünschen. Bezugspreis 2,25 Mark.

## Neubestellungen

auf das in allen Schichten der Einwohnerschaft von Nies und Umgebung gern gelesene Nieser Tagblatt zum Bezug nehmen jederzeit entgegen für

- Boberien: P. Köhler, Boberien Nr. 67
- Glabitz: Frau Doffe Nr. 6
- Göhlitz: J. v. v. Schreier, Nr. 145
- Gröba: A. Gumbold, Streiflaer Str. 17
- W. Heldenreich, Kleebr. 4
- W. Kulle, Kirchstr. 19
- D. Nibel, Döcher Str. 2
- Grödel: Frau M. Hofmann, Moritz
- Jahnshausen-Wöhlen: H. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Kalbitz: H. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Panzenberg: Otto Schuer, Wäckermeister
- Pentemitz bei Nies: M. Wehle, Nr. 3
- Regenborn: F. Straube, Poppis Nr. 14 b
- Reichsdorf: O. Thiele, Gröba, Döcher Str. 19
- Wörth: Frau M. Hofmann
- Niesitz: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Randwitz: C. Schwandke, Reihner Str. 11
- Rehitz: M. Schwarze, Nr. 41
- Pausch: M. Schwarze, Döcher Nr. 41
- Poppis bei Nies: F. Straube, Nr. 14 b
- Prausitz: H. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Nies: M. Zeitungsdrucker und zur Vermittlung an diese die Tagblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 59 (Telefon Nr. 20)
- Röderau: M. Schöne, Grundstr. 16
- Saeritz: Frau Doffe, Gläubig Nr. 6
- Schwanau: H. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Weiba (Mit): Fr. Kluge, Lange Str. 115
- Weiba (Reu): H. Pöge, Lange Str. 115
- Zeitungs-Druck: E. Gumbold, Tel. Nr. 13
- Zeitungs-Lager: Richard Schönb. Buchhändler

**Vor Schreck gestorben.** Auf dem Kaiser-Wald in Wolpertshausen geriet der Polster Herbold so unglücklich mit dem Fuße in eine Reide, daß ihm ein rangierender Wagen ein Bein abfuhr. Das andere Bein mußte ebenfalls amputiert werden. Als die Frau des Verunglückten an das Bett ihres Mannes ins Krankenhaus gerufen wurde, erkrankte sie daran, daß sie auf der Stelle verstarb.

**Typhuserkrankungen.** In Hagen (Westf.) sind in den letzten Tagen insgesamt 20 Personen an Typhus erkrankt. Wie verlautet, handelt es sich um ziemlich schwere Fälle. Die Ursache konnte noch nicht festgestellt werden. Die städtische Gesundheitsbehörde hat sofort alle Maßnahmen getroffen. Von den Erkrankten sind inzwischen drei gestorben.

**Ein 1918 vergrabenes Geschäß gefunden.** Am 24. Januar ds. Js. riefen zwei Holzarbeiter in einem Wald unweit Rains beim Graben auf Stroh und bemerkten darunter den Lauf eines Geschäßes. Es wird vermutet, daß dieses Geschäß Ende 1918 beim Rückgang der deutschen Truppen vergraben wurde. Der Fund wurde den Polizeibehörden mitgeteilt.

**Eine riesige Erbschaft.** Die Witwe von Stephen Darfisch in New York, der zusammen mit Rockefeller den Standard Oil Company gegründet hatte, hat ein Vermögen von 107 Millionen Dollar hinterlassen, was die 18 Millionen Dollar Erbschaftsteuer zu zahlen waren. Es ist dies das größte Vermögen, das je von den Steuerbehörden des Staates New York verzeichnet wurde. Der Sohn der Verstorbenen, der der Haupterbe ist, erhält über 90 Millionen Dollar.

**Das Unwetter als Archäologe.** In der letzten Zeit sind über Syrien gewaltige Unwetter hinweggegangen, die fast ohne Unterbrechung wochenlangen Regen brachten. Unendlicher Schaden wurde dadurch angerichtet, aber auch einen seltenen Gewinn hat dieses Unwetter gebracht. An der Tempelstraße zu Sirgenti wurde durch

den Regen ein hervorragendes altägyptisches Mosaik freigelegt. Der Wert dieses Kunstwertes soll ganz außerordentlich sein; die Archäologen, die es untersucht haben, erklären, selten eine derartige Kostbarkeit von so großen Ausmaßen gefunden zu haben. Das Mosaik setzt sich aus einem Mittelviereck zusammen, das eine Größe von 7 Fuß und 7 Zoll zu 5 Fuß und 10 Zoll hat. Es besteht aus gelben, pompejanisch roten und himmelblauen Farben und ist reichlich mit geometrischen Zeichnungen wie Rosetten und Sternen verziert. Das Ganze ist umgeben von mit Diagonalen durchzogenen Bändern. Der Flächeninhalt beträgt 260 Quadratfuß; das gesamte Mosaik hat ein Gewicht von mehr als 4 Tonnen. Es wurde sofort dem archäologischen Museum in Sirgenti ausgeführt.

**Der Sturm im Atlantischen Ozean.** Der Cunard-Dampfer „Austonia“ ist infolge des Sturms im Atlantischen Ozean mit 46 Stunden Verspätung in New York eingetroffen. Bei dem Orkan, der auch Kanada und den Ostteil der Vereinigten Staaten heimsuchte, verloren zehn Personen ihr Leben. In der Stadt New York allein wurde durch den Sturm Glas in Werte von 250000 Dollar zertrümmert. 42 Personen wurden durch Glasplitter, herabfallende Ziegel und Schieber verletzt. Eine neu entdeckte Insel. Drahtverbindungen aus Patavia zufolge ist gestern an der Stelle der Sundastraße, an der die unterirdischen Ausbrüche des Inselvulkans Krakatau erfolgten, eine neue Insel entstanden. Vulkanausbruch in Nicaragua. Infolge eines Ausbruchs des auf einer Insel im Nicaragua gelegenen Vulkans Ometepe hat die am Fuße des Berges wohnende Bevölkerung großer Schrecken ergriffen. Die Einwohner sind von der Insel geflüchtet. Der Lärm des Ausbruchs wurde viele Meilen weit gehört; der Regen regnete acht bis auf eine Entfernung von 16 Kilometer nieder.

**Gefährlicher Bergsturz.** In Kalbach ereignete sich gestern ein Bergsturz, durch den die Hinterwand eines Hauses eingedrückt wurde. Die Besitzerin des Hauses, die den drohenden Abbruch im letzten Augenblick noch wahrnahm, konnte sich und ihren Jungen mit knapper Not retten. Es sind schätzungsweise 250 Wagen Erdmasse abgestürzt.

**Ein Verein der durch Kurpfuscher Geschädigten.** In Berlin hat sich ein Verein der durch Kurpfuscher geschädigten Personen gebildet. Wie erinnert, hat die Presse in letzter Zeit mehrfach auf Vorgänge aufmerksam gemacht, wo Personen infolge unrichtiger Behandlung durch Kurpfuscher schwer geschädigt worden sind. Aus diesen Kreisen heraus hat sich nunmehr ein Verein gebildet, der nach dem Namen seines Gründers den Untertitel „Münter-Schmidt“ führt. Dieser Verein gibt eine eigene Zeitschrift im 2. Jahrgang heraus, die sich „Zeitschrift für Volksaufklärung gegen Kurpfuscher und Heilmittelschwindel“ nennt und auf die Mitglieder im Heftweilen nachdrücklich aufmerksam macht. Aus der Zeitschrift ist ersichtlich, daß im Jahre 1924 über 300 Straverfahren gegen Kurpfuscher durchgeführt worden sind, die zur Bestrafung geführt haben. Darüber hinaus hat der Verein eine Denkschrift über die Gefahren und Schäden der Kurpfuscher auf den Reichstag gerichtet, die nachdrücklich eine Aufhebung der Kurierfreiheit fordert.

**Gulmarg, der indische Winterort.** Man hört von Indien immer nur als dem Land der sengenden Sonne und der taubend Wunder und kann sich kaum vorstellen, daß es hier auch einen regelrechten Winterort gibt. Man braucht aber nur daran zu denken, daß das gewaltige Himalaja-Gebirge mit dem höchsten Berg der Erde, dem Mount Everest, auch in diesem Lande liegt, um zu verstehen, daß ein Winterort dort sehr wohl möglich ist. Dennoch scheint es verwunderlich, daß diese so gesunde Art des Sportes noch fast unentdeckt in diesem Lande ist. Gulmarg ist der einzige Platz, wo Ski gelaufen und gerodelt wird. Es liegt 3000 Meter hoch und ist somit ausgezeichnet dazu angetan, seinen Besuchern Erholung von der Hitze zu bieten. Eine meterhohe Schneedecke breitet sich weit über die tannendebaldeten Berge aus. Sanft abfallende Hänge bieten glänzende Skibahn- und Skigelegenheit, und mit Recht nennen Europäer Gulmarg das indische St. Moritz. Erst im Jahre 1917 kam, wie die „Landschau“ berichtet, der erste Skiläufer nach Gulmarg. Wer schnell folgen ihm diese Sportler und im Jahre 1920 ist dort bereits ein Skilift gebaut worden. Nun muß man sich diesen Winterort keineswegs etwa so vorstellen, wie die europäischen Wälder gleicher Art beschaffen sind. Es gibt keine Hotels, und die Sommerbewohner des Dorfes verbringen die Wintermonate in niedrigeren Regionen. Die Kurgäste sind also gezwungen, sich ihre Verpflegung selbst mit Dorthin zu bringen. Autos schleppen die Lasten von den Autostrassen, so weit sie fahrbar sind, zum Ort und sorgen für die Zubereitung der Speisen und die Bequemlichkeiten der Besucher. Landchaftlich wird der Gegend dadurch ein ganz besonderer Reiz verliehen, daß sich in unmittelbarer Nähe das grandiose Gebirgsmassiv des Pir-Panjal erhebt, das eine Höhe von mehr als 5000 Metern erreicht. Wenn die kleinen Holzhütten auch leicht den Einbruch erwidern, als befände man sich in der Schweiz, so erinnert doch ein kleiner Hindu-Tempel in der Mitte des Dorfes daran, daß man im Lande der tausend Wunder weilt, wo in einer Entfernung von wenigen hundert Kilometern Abertausende unter der ewigen Sonnenglut leben.

**Parquettfußboden**  
Neulegung / Reparaturen  
über billigste aus  
Döbelner Parquetfabrik Julius Gröbler  
Döbeln, am Bahnhof. Telefon 275.

**Lockere Zähne**  
Mein Urteil von Döbeln: Ohne Aufforderung erlaube ich mir Herrn Herrn Gröbler, „Chlorodont“ meine Anerkennung auszusprechen. Durch Ihre Kaffee wurde ich auf Ihr Erzeugnis aufmerksam und habe bisher folgende hervorragende Wirkung festgestellt: Meine Zahneinstellung zwischen den Zähnen ging nach dem Gebrauch Ihres glänzenden Chlorodonts bereits nach einigen Tagen über, um nach 14 Tagen vollkommen wieder hergestellt zu sein. Nach abemaliger 14 tägiger Behandlung mit Ihrer Zahnpasta begann sogar das zurückgegangene Zahngewebe wieder anzuwachsen. Heute, nachdem ich zwei große Tuben verbraucht habe, verführe ich wieder über einen durchaus gesunden Mund und Zähne. Ihre Zahnpasta wird bei mir nie mehr ausgehen, wie ich auch daselbst in meinen Bekanntenkreisen nur lobend empfehle. Ich bin froh, nun nach langem Suchen ein Präparat gefunden zu haben, das selbst bei gesteigerten Anforderungen der modernen Zahnhege entspricht. Ludwigshafen a. Rh. S. D.  
(Originalbrief bei meinem Notar hinterlegt.) Nr. 3  
Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., jede Tube 1 Dtl. Chlorodont-Zahnpulver 1.25 Dtl., für Kinder 70 Pfg. Chlorodont-Zahnpulver für Kinder 1.25 Dtl. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Wenn verlangt nur echt Chlorodont und weißes Zahn Pulver.

**Zur Hochzeit**  
allen Festen u. Gelegenheiten fertigt Medien, Gedächtnis, Prologe usw. Schmelzen an  
Deim-Verlag, Adolfszell  
Baden-Baden.

**Jucksin**  
tötet Läuse, Bettwanzen, Flöhe  
1/2 Paket 0.80  
1/4 Paket 1.50  
Zu haben  
Anker-Drogerie  
Büttner  
A. B. Hennicke,  
Med.-Drogerie.

**In vollst. Kupf- und Schmelzfab.**  
in verschied. billig. Preisen  
lagern verkauft laufend  
H. Quasborn, Bismarckstr.  
ankalt. Zittau.

*Schönes Haar jedes Jahr!*  
*Was für wunderschönes Haar hat Ihre Kleine!*

Welche Mutter wäre nicht stolz, wenn man ihr das sagt! Möchten Sie, daß man es auch von Ihrem Kindchen sagt? Dann waschen Sie sein zartes Haar jede Woche mit dem milden Schwarzkopf-Schaumpon.  
Weiße Packung 20 Pfg.;  
„Extra“-Packung mit Dauerparfüm 30 Pfg. (Sorte „hell“ für blondes, Sorte „dunkel“ für dunkles Haar.)

**Schwarzkopf-Schaumpon**  
Auf „Schaum“ kommt es an!